

# ARCHIV FÜR SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

Begründet von

WERNER SOMBART, MAX WEBER und EDGAR JAFFE

In Verbindung mit

JOSEPH SCHUMPETER und ALFRED WEBER

herausgegeben von

EMIL LEDERER

---

---

## Separat-Abdruck

aus

Band 61, Heft 2.

---

---



Diese Separatabdrücke aus dem „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ sind im Buchhandel nicht käuflich, sie werden in kleiner Anzahl nur für die Verfasser hergestellt. Jedoch kann das betreffende Heft des Archivs, dem der Aufsatz entnommen ist, durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlage bezogen werden.

Bibliothèque Maison de l'Orient



073298

---

---

Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen

Herrn Salomo Reinach  
in vorzüglicher Hochachtung  
vom Verfasser.

## Die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden in Rußland vor und nach der Revolution.

Von

BORIS BRUTZKUS.

### I. Das russische Judentum vor dem Kriege.

Juden gibt es in allen Ländern Europas; aber in kompakten Massen, durch spezifische ethnographische Merkmale gekennzeichnet, wohnen sie auf dem Gebiet von Osteuropa, das sich von der ehemaligen Grenze des Deutschen Reiches und den Karpathenländern bis über den Dnepr in der Westostrichtung und von der Duena bis zum Schwarzen Meere in der Nordsüdrichtung erstreckt. Auf diesem weiten Gebiete machten die Juden um die Wende des Jahrhunderts ungefähr ein Zehntel und in den Städten 30 bis über 50% der Gesamtbevölkerung aus. Für diesen Grundkern des Judentums war Rußlands (teilweise auch Oesterreich-Ungarns) Zerfall von schicksalsvoller Bedeutung; damit wurde ein bedeutendes Kapitel in der Geschichte der Ostjuden abgeschlossen.

Wenn wir von einem geringen Teile der russischen Juden, der eine hohe gesellschaftliche Stellung trotz aller Schwierigkeiten einzunehmen vermochte, absehen, so bleibt für die große Mehrheit der Ostjuden die Zeit der Herrschaft der russischen Zaren mit traurigen Erinnerungen verbunden. Die Regierungen der beiden letzten Zaren standen dem Judentum stets äußerst feindlich gegenüber. Nicht genug damit, daß sie das Leben der jüdischen Massen durch unzählige Beschränkungen erschwerten, duldeten und provozierten sie sogar in den Zeiten, wo der politische Kampf sich verschärfte, »Pogrome«, d. h. offene Gewalttaten des zusammengerotteten Stadtjöbels gegen die

jüdische Bevölkerung, und das hinterließ bei derselben die schmerzhaftesten Erinnerungen.

Schwer waren die moralischen Leiden der russischen Juden nach der Revolution des Jahres 1905. Nach einer vorübergehenden tiefen Erschütterung trat damals Rußland auf allen Gebieten den Weg eines raschen Fortschritts an. Und da suchte noch immer die Zarenregierung, durch strengste Handhabung der den Zeitbedürfnissen vollkommen widersprechenden, beschränkenden Gesetzgebung die jüdische Bevölkerung niederzuhalten. Der berühmte Beilisritualmordprozeß, sowie die Beschuldigungen und Verfolgungen während des Krieges waren die letzten Ergebnisse der Judenpolitik des alten Regimes. Die Juden hatten daher keinen Anlaß, Sympathien für die Ordnung zu hegen, die im vorrevolutionären Rußland herrschte.

Um sich eine richtige Vorstellung von dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Ostjuden unter dem alten Regime zu bilden, muß man immer die beschränkende Gesetzgebung, unter deren Druck sie leben mußten, sich vor Augen halten. Die höchst verwickelte und verzweigte russische Gesetzgebung in bezug auf die Juden, die sich im Laufe von 125 Jahren aus teilweise einander widersprechenden Tendenzen herausbildete, fesselte alle Lebensäußerungen dieser über 5 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung. Ihre Hauptziele waren folgende: die Juden vom Inneren des Reiches fernzuhalten; das Bauerntum von ihnen möglichst zu isolieren und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, eine einflußreiche gesellschaftliche Stellung zu erlangen.

Um das Vordringen der Juden in das Innere des ungeheuer großen Reiches zu verhindern, war ihnen das Wohnen nur in einem sogenannten jüdischen Ansiedlungsgebiet (*čerta evrejskoj osedlosti*) gestattet. Dieses Ansiedlungsgebiet wurde aus den ehemals zu Polen gehörenden Teilen Rußlands und aus den an den Küsten des Schwarzen Meeres gelegenen Gebieten, die Rußland am Ende des 18. Jahrhunderts von der Türkei eroberte (Novorossien), gebildet; danach gehörten dem Ansiedlungsgebiet außer Kongreß-Polen 15 Gouvernements im Südwesten des europäischen Rußlands an.

Unter der liberalen Regierung des Kaisers Alexander II. wurde vielen Gruppen von Juden das Wohnrecht im Inneren von Rußland zuerkannt. Es setzte eine gewisse Bewegung der



Juden vom Ansiedlungsgebiet nach dem Inneren des Reiches ein. Zur Zeit der beiden letzten Kaiser aber wurden die liberalen Gesetze Alexanders II. teilweise abgeschafft, teilweise vom Senat zuungunsten der Juden ausgelegt.

Das jüdische Ansiedlungsgebiet war eigentlich ziemlich groß, hier wohnte eine Drittel der gesamten Bevölkerung des russischen Reiches. Aber auch hier wurde das Wohnrecht der Juden und auch ihre Wirtschaftstätigkeit durch andere wichtige Beschränkungen stark eingeeengt. Laut den Vorläufigen Verordnungen vom 3. Mai 1882 (dieselben blieben bis zum Zusammenbruch des Reiches gültig) konnten die Juden in 15 Gouvernements sich nicht auf dem Lande außerhalb der Groß- und Kleinstädte neu ansiedeln. In einigen Gouvernements führte die Administration sogar massenhafte Ausweisungen von den in den Dörfern längst ansässigen Juden durch. Wohnrechtsbeschränkungen galten für den westlichen Grenzstreifen noch bis zum Jahre 1904. Es gab im Ansiedlungsgebiet auch Städte, das sehr wichtige Verwaltungs- und Handelszentrum Kiev, die zwei großen Häfen Sevastopol und Nikolajev, der große Kurort Jalta, wo das Wohnrecht der Juden stark beschränkt war. So fühlten sich die Juden in den Städten des Ansiedlungsgebietes gewissermaßen wie eingepfercht.

Dabei war es für die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden von einer ganz besonders stark negativen Bedeutung, daß laut den erwähnten Vorläufigen Verordnungen vom Jahre 1882 es ihnen auch verboten war, Land außerhalb der Städte zu kaufen, und ihre Pachtverträge notariell zu bestätigen. Auf diese Weise machten die Vorläufigen Verordnungen nicht nur die Betätigung der Juden auf dem Gebiete der Landwirtschaft fast unmöglich, sie stellten auch große Hemmungen ihrer Teilnahme an der Entwicklung der Industrie entgegen, da viele Industrieunternehmungen, z. B. Zuckerfabriken, Bergwerke usw. nur in bestimmten Ortschaften außerhalb der Städte bestehen können.

Die Juden wurden von dem Staats- und Kommunaldienst ausgeschlossen. Da die Staatswirtschaft in Rußland ziemlich entwickelt war (beinahe alle Eisenbahnen, die meisten Forsten waren staatlich, Ende des Jahrhunderts wurde das Branntweinmonopol eingeführt usw.), so bedeutete auch das eine wichtige Begrenzung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden. Auch die Ausübung freier Berufe durch die Juden wurde beschränkt. Die

größte Bedeutung kam auch der Erfindung der russischen Bürokratie, — dem *numerus clausus* in den höheren Schulen und Universitäten zu.

Die russische restriktive Gesetzgebung war die Hauptursache aller wirtschaftlichen Nöte, unter denen die jüdischen Massen in einem Lande mit so großen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu leiden hatten. Die ganze russische Gesetzgebung in betreff der Juden, die sie zu demütigen suchte, stand dabei in krassem Widerspruch mit den allgemeinen Tendenzen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes und erfüllte die jüdische Jugend mit einem Gefühl der Erbitterung, das sie in großen Scharen in den verwegenen Revolutionskampf trieb.

Und doch, jetzt, als nach dem Untergang der Zarenregierung auch das große russische Reich zusammengebrochen ist, vermochten die Juden deutlich die gewaltige Bedeutung zu erkennen, die es trotz der feindlichen Politik der Regierung für sie besaß. Der über ein Jahrhundert zurück stattgefundene Einschluß der Juden in das Gefüge des großen Reiches mit seinen ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten und bedeutenden kulturellen Errungenschaften öffnete endlich auch für sie neue Wege zu einer fortschrittlichen Entwicklung, und die feindselige Politik der Regierungen der letzten beiden Zaren vermochte diese Entwicklung nicht gänzlich aufzuhalten. Soweit das Land sich auf dem Wege des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts befand, beteiligten sich auch die Juden in größerem oder geringerem Maße an dieser Bewegung, und sie wurden selbst zu einer nicht zu unterschätzenden Triebkraft derselben.

Um die Errungenschaften der Juden unter der russischen Herrschaft richtig bewerten zu können, brauchen wir nur auf die Lage des Judentums vor seinem Einbezogensein in das russische Reich einen Blick zu werfen. Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts wurde unter dem Einfluß des christlichen Bürgertums und des katholischen Klerus die Entfaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der polnischen Juden in den alten königlichen Städten stark begrenzt. Doch wurden sie nicht zur Auswanderung aus dem Lande gezwungen. Ihre Hauptmasse übersiedelte allmählich auf die Ländereien des so einflußreichen polnischen Adels; teilweise gründeten sie neue kleinere Städte und Städtchen, teilweise zerstreuten sie sich auf dem platten Lande. Sie bildeten ein *Bürgertum zweiten Ranges*, das in vollkommene Ab-

hängigkeit vom Adel geriet, und das er gegen das selbständigere christliche Bürgertum auszuspielen verstand. Die Juden haben sich im Handel betätigt, aber zum größten Teile wurden sie zu Vermittlern zwischen den Gutsbesitzern und ihren leibeigenen Bauern. Sie pachteten bei dem Adel ganze Güter, oder Mühlen und besonders Schenken. Das *Gastgewerbe* wurde allmählich zum Beruf, vermittels dessen sich ein sehr bedeutender Teil der jüdischen Bevölkerung sein Brot erwarb. Handwerker und auch Schwerarbeiter fanden sich seit altersher unter den polnischen Juden; doch war ihre Zahl gering, und überhaupt brachten die Juden der körperlichen Arbeit wenig Achtung entgegen. Als *Vermittler* zwischen dem polnischen Adel und den leibeigenen Bauern haben die Juden sich den Haß der letzteren zugezogen und bei den häufigen Aufständen der Kosaken und ukrainischen Bauern wurden sie massenhaft in grausamer Weise von den Aufständischen getötet.

Mit dem allgemeinen,  $1\frac{1}{2}$  Jahrhunderte dauernden, wirtschaftlichen und kulturellen Verfall des polnischen Staates ging auch die wirtschaftliche Verarmung und der kulturelle Rückgang des polnischen Judentums vor sich. Die Juden waren von schweren Steuern belastet, die sie nicht zu tragen vermochten; die Gemeinden waren überschuldet, denn sie mußten für die Verpflichtungen ihrer bankrotten Mitglieder den christlichen Gläubigern gegenüber haften.

Zu der neu aufgekomenen abendländischen Kultur verhielten sich die Juden ablehnend und mit der benachbarten Bevölkerung standen sie in keiner geistigen Verbindung.

In diesem höchst traurigen wirtschaftlichen und kulturellen Zustand übernahm Rußland die polnischen Juden. Die russische Regierung setzte es sich bald zum Ziele, die wirtschaftliche Tätigkeit, sowie das kulturelle Leben der Juden gründlich zu reformieren. Sie verfolgte ihr Ziel zeitweise mit milden, öfter mit harten Methoden, die im Zeitalter des Zaren Nikolaus I. sogar einen grausamen Charakter annahmen. Einen grundsätzlich feindseligen Charakter hat die russische Politik den Juden gegenüber aber nur unter den letzten zwei Kaisern bekommen.

Das Hauptziel der Regierung auf dem wirtschaftlichen Gebiet war es, die Juden aus der Stellung der Vermittler zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern zu entfernen; sie war bestrebt, die Teilnahme der Juden am Schankgewerbe zu begrenzen. Die

Regierung wollte das Innere Rußlands von der Berührung mit den Juden schützen. Dagegen hielt sie ihnen die Tore der Städte des breiten Ansiedlungsgebiets offen. Sie war nicht geneigt, die zünftlerischen Tendenzen des teilweise polonisierten christlichen Bürgertums in den Städten Westrußlands zu begünstigen. Und das schuf neue Möglichkeiten für die Betätigung der Juden im Handel, in der Industrie und im Handwerk. Sie bekamen die Möglichkeit, sich zu einem normal gearteten städtischen Bürgertum emporzuarbeiten. Die Regierung legte auch großen Wert darauf, einen bedeutenden Teil der Juden als Ackerbauer in landwirtschaftlichen Kolonien anzusiedeln. In kultureller Hinsicht wollte die Regierung die Abgeschlossenheit der Juden brechen und sie mit der russischen Kultur vertraut machen. Die reformatorische Tätigkeit der Regierungen Alexander I. und sogar Nikolaus I. fand einen gewissen Anklang bei den wenigen europäisch gebildeten Leuten unter den Juden.

Doch waren die Erfolge dieser Politik, gleichviel, ob sie durch milde oder harte Maßregeln betrieben wurde, höchst bescheiden. Solange die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft durch die Fesseln der Leibeigenschaft und der ständischen Organisation gehemmt war, konnten auch in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden keine wesentlichen Veränderungen erzwungen werden, und in Verbindung damit konnten auch in ihrem kulturellen Leben keine wesentlichen Wandlungen eintreten.

Die Ziele, denen die russische Regierung durch bisherige Maßnahmen vergebens nachjagte, wurden in erfolgreicher Weise unter der liberalen Regierung Alexanders II. erreicht. Diese Regierung verfolgte in ihrer Gesetzgebung keine speziellen erzieherischen Ziele bezüglich der Juden. Da sie keinen Wert auf die Förderung der Landwirtschaft unter den Juden legte, hat sie diesbezügliche Maßnahmen bald abgeschafft. Dafür aber lockerte sie bedeutend die Fesseln der Ausnahmegesetzgebung. Diese liberalen Tendenzen in der Gesetzgebung waren ein Ausfluß der großartigen Befreiungsreformen dieser Regierung, die schon als solche für das Leben der jüdischen Massen von ausschlaggebender Bedeutung waren. In Verbindung mit diesen Reformen setzt ein Aufstiegsprozeß der russischen Volkswirtschaft ein, der seinen äußeren Ausdruck in dem Ueberziehen des ungeheuren Landes durch ein bedeutendes Eisenbahn-

netz fand. Nach der Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 verloren die Juden zum bedeutenden Teile den Boden als Vermittler zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern. Auch das Gastgewerbe verliert allmählich seine unverhältnismäßig große Bedeutung in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden, so daß die Einführung des staatlichen Branntweinverkaufsmonopols am Ende des Jahrhunderts keine zu große Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens der Juden mit sich brachte. Dafür aber haben die neugeschaffenen Bedingungen breite Möglichkeiten für die fruchtbare Betätigung der Juden in Handel und Industrie des Landes geöffnet. In dem wirtschaftlichen Umbau Rußlands, der jetzt einsetzte, spielten die Juden eine sehr bedeutende Rolle. In Verbindung damit steht auch der immer weiter um sich greifende Umwandlungsprozeß des mittelalterlichen Geistes des osteuropäischen Judentums und die Herausbildung einer immer breiteren Schicht, die sich die russische Kultur aneignet.

Obleich nach dem tragischen Tode Kaiser Alexanders II. die Politik der Regierung eine schroffe reaktionäre Schwenkung erfährt, die sich auch in einer ausgesprochen judenfeindlichen Politik ausdrückt, konnte die angefangene Umwälzung im wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Ostjuden nicht zum Stillstand gebracht werden, denn sie stand in enger Verbindung mit der fortschrittlichen Entwicklung der ganzen russischen Volkswirtschaft.

Wir wollen hier nicht auf die Tätigkeit der Juden in der Entwicklung des russischen Hochkapitalismus, des Bankwesens des Eisenbahnwesens, des Aktienwesens usw. eingehen, obgleich sie für den Fortschritt der russischen Volkswirtschaft von großer Bedeutung war, denn es konnten sich daran doch nur kleine Gruppen von Juden beteiligen; im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen hier die im Ansiedlungsgebiet ansässigen jüdischen Massen. Die großen Scharen der jüdischen Händler spielten eine sehr wichtige Rolle in der Entwicklung des russischen Außenhandels und besonders der Ausfuhr. Sehr vorteilhaft war für die Juden die Tatsache, daß sie der wichtigsten westlichen Grenze und den Küsten des Schwarzen Meeres entlang seßhaft waren und so zu den natürlichen Organisationsorganen der Ausfuhr und in bedeutendem Maße auch der Einfuhr nicht nur für das von ihnen bewohnte Gebiet, sondern auch für das ganze ungeheuer große Reich zu werden

vermochten. Sobald der Ausbau des Eisenbahnnetzes die Ausfuhr der russischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf den Weltmarkt ermöglichte, verstand es eine Masse von geschickten jüdischen Aufkäufern, die entlegenen kleinen Bauernwirtschaften mit dem Auslandsmarkte zu verbinden. Diese verwickelte Aufgabe wurde von den jüdischen Kaufleuten nicht nur im Ansiedlungsgebiet, sondern teilweise auch weit außerhalb desselben gelöst. Die Getreideausfuhr wuchs von Jahr zu Jahr in schnellem Tempo und wurde zu dem wichtigsten Band, das die russische Volkswirtschaft mit dem Westen verknüpfte.

Die ungeheuren Wälder des Nordens verstand die russische Kaufmannschaft nur in bescheidenem Maße für die Ausfuhr auszunutzen. Im Westen dagegen verstanden es die jüdischen Holzhändler, trotz allen Schwierigkeiten, die ihnen die Gesetzgebung in den Weg legte, diese Aufgabe der russischen Holzausfuhr zu lösen. Nach dem Getreide wurde das Holz zum wichtigsten Ausfuhrobjekt Rußlands auf dem Weltmarkte.

Mit der Eierausfuhr haben die Juden in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts angefangen, und bald wurde auch sie zu einem der wichtigsten Ausfuhrzweige Rußlands. Die Juden waren auch in der Ausfuhr von Flachs, Hanf, Häuten, Fellen usw. tätig.

Wenn wir von der jüdischen Handelstätigkeit sagen dürfen, daß sie nicht nur eine lokale, sondern eine allrussische Bedeutung gewann, so darf dasselbe auch von der durch die Juden entfaltenen Industrietätigkeit gesagt werden. Die Beschränkung des Wohnrechts der Juden auf das Ansiedlungsgebiet barg die Gefahr in sich, daß Westrußland ohne feste wirtschaftliche Bande mit den übrigen Teilen Rußlands bleiben würde. Diese Gefahr wurde jedoch durch die jüdischen Unternehmer und Handelsreisenden überwunden. Keine polizeilichen Schwierigkeiten vermochten den jüdischen Handelsreisenden zu hindern, bis zu den entlegensten Gebieten des großen russischen Reiches vorzudringen. Die im Kongreß-Polen anfänglich durch die deutsche technische Erfahrung und Initiative geschaffene **Textilindustrie** zog bald die Juden an sich, und sie waren es, die die entlegensten ostrussischen und sibirischen Märkte für diese zu gewinnen wußten, obgleich durch ihre geographische Lage und auch andere äußere Bedingungen die pol-



nische Industrie gegenüber der mit ihr wetteifernden Moskauer im Nachteile war. Die polnische Industrie hörte auf, ein lokale Industrie zu sein, sie wurde zu einer allrussischen; vor dem Weltkriege kamen drei Viertel der Erzeugnisse der polnischen Textilindustrie auf den inneren russischen Markt.

Die Fabrikindustrie war hauptsächlich für die jüdische Unternehmer- und Händlerklasse von Bedeutung. Unter den Arbeitern der großen jüdischen Fabrikunternehmungen waren aber verhältnismäßig wenig Juden. Für das Wohl der jüdischen Massen war von viel größerer Bedeutung die Entwicklung des Handwerks und der Kleinindustrie. Die Fortschritte der Volkswirtschaft und das Einbeziehen der Bauern in die Tauschwirtschaft begünstigten die Entwicklung des Handwerks. Die Bedeutung der Handwerkstätigkeit unter den Juden befand sich im stetigen Wachsen und schon gegen Ende des Jahrhunderts waren ungefähr 500 000 Juden im Handwerk beschäftigt<sup>1)</sup>. Besonders viel Juden waren mit Schneiderei, Schuhmacherei, allerlei Bauarbeiten, Schmiedearbeiten usw. beschäftigt.

Kennzeichnend für die Entwicklung des jüdischen Handwerks in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege war die Tatsache, daß es weite Märkte zu versorgen begann. Dem jüdischen Handwerker war es verboten nach dem Inneren Rußland oder nach den weiten Randgebieten überzusiedeln; doch war es nicht möglich zu verhindern, daß der jüdische Kaufmann die Erzeugnisse des jüdischen Fleißes nach den entlegensten Gebieten des umfangreichen Reiches brachte. In Verbindung damit verwandelte sich teilweise das jüdische Handwerk in kapitalistisch organisierte Heimindustrie oder es kam zu einer gewissen Konzentration auch des Produktionsprozesses in mittelgroßen Betrieben.

---

<sup>1)</sup> Ueber die wirtschaftliche Lage der Juden in Rußland wurde um die Wende des Jahrhunderts eine ausführliche Untersuchung vom Petersburger Zentral-Komitee der Jewitsch Colonisation Association (JCA.) veranstaltet, deren Ergebnisse in zwei Bänden unter dem Titel: «Materialiensammlung über die wirtschaftliche Lage der Juden in Rußland» in russischer (1905) und in französischer Sprache (1906 und 1908) veröffentlicht wurden. Die im Text erwähnte Ziffer der im Handwerk beschäftigten Juden stammt aus dieser Quelle, und sie wurde auch durch die allgemeine russische Volkszählung des Jahres 1897 bestätigt. Die Materialien der Volkszählung des Jahres 1897 bezüglich Juden sind vom Verfasser in zwei Büchern: «Die Statistik der jüdischen Bevölkerung» und «Die berufliche Gliederung der jüdischen Bevölkerung Rußlands» (russisch, Petersburg 1909 und 1908 im Verlag der JCA.) bearbeitet worden.

Ein bedeutender Teil der etwa 300 000 Seelen zählenden jüdischen Bevölkerung von Warschau war mit der Herstellung von Kleidern, Schuhen und allerlei Kurzwaren für das ganze russische Reich beschäftigt. Konfektion wurde in beträchtlichen Mengen auch aus Wilno, Witebsk, Plonsk, Gouv. Warschau, ausgeführt. Aus dem Städtchen Brzezina in Polen wurden für 7—8 Millionen Rubel billige Kleider für die Arbeiter der Bergwerke im Donecbecken und der Naphtaindustrie in Baku ausgeführt. Schuhe wurden in großen Mengen außer Warschau auch in den Städten von Weißrußland, wie Minsk, Mohilev, Homel, produziert. Leder wurde in Mohilev, Smorgon', Gouv. Wilno, gegerbt. Wilno mit den umgebenden kleinen Ortschaften wurde zu einem wichtigen Zentrum der Trikotageproduktion. In Wilno, Bobrujsk, Žitomir und vielen kleineren Städten von Poles'e war die Möbelproduktion entwickelt; die Ware fand ihren Absatz im holzarmen Steppengebiet. Eine Reihe von kleineren Städten hatten auch ihre eigenen Spezialitäten, so wurden Borsten in Miedzyrzec (Gouv. Sedlec), in Wil'koviški (Gouv. Suwalki) und in Kreslavka (Gouv. Witebsk), Haarsiebe in Bilgoraj (Gouv. Ljublin), Bernstein in Polangen (Gouv. Kurland) usw. gearbeitet. Die Produktion für den weiten Markt und teilweise für das innere Rußland schuf auf diese Weise neue Möglichkeiten für die Entwicklung der jüdischen Kleinindustrie <sup>2)</sup>.

Auf gewisse Schwierigkeiten stieß das Eindringen der jüdischen Arbeit in die mechanisierte Fabrikindustrie. Zwar gab es Industriezweige, die die jüdische Arbeit bevorzugten. So waren laut Berufszählung des Jahres 1897 unter 10 331 Arbeitern, die sich mit Tabakbearbeitung im Ansiedlungsgebiet beschäftigten, 7597, d. h. ungefähr  $\frac{3}{4}$  Juden; auch in den großen mechanisierten Tabakfabriken arbeiteten hauptsächlich Juden. Jüdische Arbeiter waren auch in den Zündhölzer-, Cigarettenhülsen- und noch anderen Fabriken tätig. Aber in den Hauptindustrien des Ansiedlungsgebietes: in der Montanindustrie des Donecbeckens, in der Zuckerindustrie der Ukraina und in den mechanisierten Textilfabriken in Polen waren nur wenige jüdische

<sup>2)</sup> Die innere Umbildung des jüdischen Handwerks vor dem Kriege ist in zwei Veröffentlichungen der Gesellschaft zur Förderung von Handwerk und Ackerbau unter den Juden («Ort») untersucht; die erste von A. Kastjelanskij und J. Bukspan betrifft Tischlerei und Möbelindustrie, die zweite von Sal. Margolin betrifft die Bekleidungsindustrie (Petersburg 1915, russisch).



Arbeiter beschäftigt. Die Ursachen waren teilweise objektiver Natur, — die Unternehmungen der Montanindustrie und der Zuckerindustrie lagen außerhalb der Städte und waren daher den jüdischen Arbeitern beinahe unzugänglich. Das gilt aber keineswegs für die Lodzer und Bialystoker Textilindustrien. In diesen Industrien, als sie noch ohne mechanische Triebkraft auskamen, war die jüdische Arbeit stark vertreten. Es waren auch noch um die Wende des Jahrhunderts große Massen jüdischer Handweber im Gebiet von Lodz und Bialystok beschäftigt. Wenn in den später entstandenen großen mechanisierten Fabriken jüdische Arbeitskräfte selten anzutreffen waren, so war das anfänglich durch subjektive Ursachen bedingt.

Die Juden arbeiteten gerne auch in den großen Fabriken, aber nur als hochqualifizierte Arbeiter. Sie gehen auf stark automatisierte und mechanisierte Arbeit nicht gerne ein. Eine solche Arbeit widerstrebt ihrem regen Sinn, und verschafft ihnen im Gegensatz zum handwerksmäßig organisierten Gewerbe keine Aussicht auf einen sozialen Aufstieg, auf den auch ein jüdischer Arbeiter immer bedacht ist. Anfänglich war auch der Lohn in den mechanisierten Betrieben nicht höher als der der Handarbeiter. So rekrutierten sich die ersten Arbeiter auf den mechanisierten Fabriken aus Ankömmlingen von dem Lande<sup>3)</sup>.

So hat sich eine Tradition gebildet, daß Juden nur Handweber wurden und auf mechanisierten Fabriken nicht arbeiteten. Da in den Fabriken am Sonnabend gearbeitet wurde, konnten die Juden, die in diesen Gegenden gewöhnlich streng den Sabbat einhielten, auch als vereinzelte Arbeiter nicht in die Fabriken eintreten.

Anfänglich kümmerte es die jüdischen Handweber wenig, denn sie wurden nicht schlechter als die Fabrikarbeiter bezahlt. Die Lage änderte sich aber zuungunsten der Handweber und um die Wende des Jahrhunderts mußten die jüdischen Handweber ihren Arbeitstag immer mehr verlängern und ihr Verdienst blieb dabei sehr dürftig. Die Zahl der jüdischen Handweber verminderte sich, viele von ihnen verließen ihren Be-

---

<sup>3)</sup> Eine analoge Erscheinung gab es auch bei den Anfängen der großen englischen Manufakturen im 18. Jahrhundert; auch sie erhielten ihre ersten Arbeiter nicht aus dem städtischen Handwerkerstand, sondern hauptsächlich aus den Reihen der ländlichen Bevölkerung oder aus deklassierten Elementen. Aber in unserem Falle dank nationalen und religiösen Momenten führte diese Tatsache zu eigentümlichen Folgen.

ruf, viele wanderten aus. Eine analoge für die jüdische Arbeiterklasse ungünstige Entwicklung setzte in der Warschauer Schuhindustrie ein.

Diese großen Schwierigkeiten wurden vor dem Kriege doch teilweise überwunden. Am meisten hat dazu die Tatsache beigetragen, daß viele jüdische Arbeiter sich endlich entschlossen, am Sabbat zu arbeiten. Im Lodzer Textilgebiet waren vor dem Kriege 21 000 Juden in der Textilindustrie tätig, von denen 3000 an mechanischen Werkzeugen arbeiteten; in dem kleineren Bialystoker Textilgebiet waren von 2000 jüdischen Textilarbeitern schon 1350 an mechanischen Werkzeugen tätig; hier war der Uebergang zu mechanischen Webstühlen von den Juden schon vollzogen <sup>4)</sup>.

Obgleich die Juden stark zu qualifizierter Arbeit hinneigen, mußte ein ziemlich großer Teil der jüdischen Bevölkerung durch *Schwerarbeit* ihren Lebensunterhalt verdienen. Besonders zahlreich waren die jüdischen Schwerarbeiter in Weißrußland und Litauen, und zwar in der hier stark entwickelten Holzindustrie. Ganze Ortschaften waren mit dem Holztransport, Flößerei, Holzsägen und ähnlichen Arbeiten beschäftigt. Im Süden fanden die jüdischen Schwerarbeiter beim Getreidetransport und -verladen Beschäftigung. Die Zahl der jüdischen Schwerarbeiter belief sich am Ende des Jahrhunderts auf etwa 100 000 Mann.

Und schließlich, nach einem jahrhundertelangen Fernbleiben der Juden vom Ackerbau, bildete sich in Rußland sogar eine wenn auch kleine Schicht jüdischer *Landarbeiter* heraus. Die jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, entwickelten sich anfänglich keineswegs günstig und vermochten nicht, die Hoffnungen, die die Regierung damals hegte, zu rechtfertigen. Die Bauernwirtschaft in ihren ausgeprägt naturalen Formen hatte für die Juden wenig Anziehungskraft. Gerade aber unter Alexander II., als die russische Regierung von allen Maßregeln zur

---

<sup>4)</sup> Diese Berechnungen machten wir nach den Materialien einer sorgfältigen statistischen Untersuchung der jüdischen Unternehmungen, die nach dem Kriege im Jahre 1921 durch die amerikanische Hilfsorganisation Joint Distribution Committee veranstaltet wurde; sie berücksichtigte auch den Vorkriegszustand. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in drei Sprachen: jüdischer, polnischer und englischer, veröffentlicht worden: »Jewish industrial establishments in Poland, surveyed in 1921, compiled under the supervision of Eliezer Heller«.

Werbung der Juden für die Landwirtschaft Abstand nahm, begannen die jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen, besonders im Steppengebiete, gewisse Erfolge zu zeitigen. Dies hängt damit zusammen, daß die Fortschritte der russischen Volkswirtschaft den jüdischen Siedlern die Möglichkeit gaben, ihre Wirtschaften tauschwirtschaftlich auszubauen, und in dieser Form übte die Bauernwirtschaft schon eine gewisse Anziehungskraft auf die Juden aus. Die Verschärfung der beschränkenden Gesetzgebung unter Alexander III., die den Lebensspielraum der jüdischen Massen stark begrenzte, brachte es mit sich, daß die jüdischen Siedler ihre sehr bescheidenen Bodenanteile hoch schätzen lernten. So entwickelte sich allmählich die landwirtschaftliche Tätigkeit der Juden in den Kolonien des Gouvernament Cherson und des Gouvernament Ekaterinoslav. Sie zählten vor dem Kriege über 6000 Familien, die hauptsächlich mit Ackerbau beschäftigt waren. Die Kolonien, die in anderen Teilen des Ansiedlungsgebietes unter der Regierung Nikolaus I. geschaffen wurden, haben sich auch erhalten, und in Litauen und Weißrußland hat sich eine gewisse Schicht stark verbauerter Siedler herausgebildet.

Trotz allerlei Hemmungen und Hindernissen, die den Juden auf dem Wege zur Landwirtschaft unter der Regierung der beiden letzten Kaiser entgegengestellt wurden, zeigten sie auf diesem Gebiete auch jetzt gewisse Erfolge, auch außerhalb der schon früher geschaffenen landwirtschaftlichen Siedlungen. Im Gebiet von Dnestr bildeten sich die Juden zu sehr tüchtigen *T a b a k b a u e r n* aus <sup>5)</sup>. Mit Erfolg trieben sie hier auch den Weinbau. In Weißrußland, Litauen und im nördlichen Teil von Kongreß-Polen beschäftigten sich die Juden mit Handelsgemüsebau.

Eine sehr große Bedeutung im wirtschaftlichen Leben der jüdischen Massen erhielten vor dem Kriege die *genossenschaftlichen Kreditkassen*. Obgleich die Regierung der Entwicklung der jüdischen Genossenschaften große Hindernisse in den Weg stellte, verstanden es die Juden, die kurze Zeitspanne nach den Revolutionerschütterungen des Jahres 1905, als die Regierungspolitik etwas liberaler wurde, auszunutzen, um sich ein breites Netz genossenschaftlicher Kredit-

<sup>5)</sup> Die Gutsbesitzer und selbst die Bauern verzichteten auf den Tabakbau und begnügten sich mit hohen Pachtschillingen, die sie für die zum Tabakbau passenden Grundstücke von den Juden erhielten.

kassen zu schaffen. Im Jahre 1913 funktionierten in den großen und kleinen Städten des Ansiedlungsgebiets<sup>6)</sup> schon 632 Kreditgenossenschaften, und es ist nicht zu bezweifeln, daß beinahe in allen jüdischen Städten solche Genossenschaften gegründet worden wären, wenn die Regierung keine Schwierigkeiten bei ihrer Bestätigung gemacht hätte. Diese Kreditgenossenschaften zählten 400 000 Mitglieder, unter denen Juden über 90 % ausmachten. Die jüdische Bevölkerung hat sich der Aufgabe, ihre Genossenschaften zu verwalten, als vollkommen gewachsen erwiesen. Dieselben verdienten das volle Zutrauen aller Schichten der Bevölkerung<sup>7)</sup>.

Den Bedürfnissen des Mittelstandes dienten sog. »Gesellschaften des gegenseitigen Kredits«, die in allen größeren Städten des Ansiedlungsgebietes geschaffen wurden und sich vor dem Kriege auch erfolgreich entwickelten.

Die Kreditgenossenschaften und die Gesellschaften des gegenseitigen Kredits haben vor dem Kriege viel zur Konsolidierung des jüdischen Handels, Handwerks und der Anfänge der jüdischen Landwirtschaft beigetragen.

Parallel mit der allgemeinen Gesundung des jüdischen Lebens verschwand allmählich der Typus der überflüssigen Vermittler, Kommissionäre, der sog. „Luftmenschen“, von denen die jüdischen Städtchen früher wimmelten und die so meisterhaft von den Klassikern der neuen jüdischen Literatur geschildert worden sind.

Selbst die psychologische Einstellung der jüdischen Massen in wirtschaftlichen Angelegenheiten hat sich geändert. Die Tätigkeit der kleinen Vermittler wurde bei der Jugend wenig populär. Die junge jüdische Generation wandte sich nur ungerne dem Kleinhandel zu, und suchte sich der Arbeit und besonders der qualifizierten Arbeit anzupassen. Dieser Massenbewegung der Jugend entsprach auch eine gesellschaftliche Bewegung. Die jüdische Wohltätigkeit strengte ihre Kräfte an, um

<sup>6)</sup> Der Zustand der jüdischen Genossenschaften vor dem Kriege ist ausführlich in dem Buche von J. Blum und L. Sack: »Die Genossenschaften unter den Juden« (russisch, Petersburg 1913) geschildert.

<sup>7)</sup> Laut der Bilanz von 537 Genossenschaften zum 1. Januar 1912 erreichte ihr Passiv 30,2 Mill. Rub., davon machten 20,2 Mill. Rub. Spareinlagen, 5,0 Mill. Rub. Geschäftsanteile, 1,2 Mill. Rub. eigene Kapitalien und nur 2,1 Mill. Rub. Anleihen aus. Daraus ist zu ersehen, daß es die jüdischen Kreditgenossenschaften in einer kurzen Periode so weit gebracht haben, daß sie auf Grund lokaler Mittel ihre Tätigkeit zu begründen verstanden.

professionelle Schulen zu schaffen. Schon im Jahre 1880 wurden ansehnliche Summen für die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und Ackerbaus unter den Juden »Ort« gesammelt. Eine großzügige Tätigkeit zur Förderung der professionellen Ausbildung, zur Unterstützung des jüdischen Handwerks und des Ackerbaus in Rußland hat die »Jewish Colonisation Assosiation« (JCA.) vor dem Kriege entfaltet.

Wir bringen hier die Ergebnisse der Volkszählung des Jahres 1897 über die berufliche Gliederung der Juden, um eine knappe ziffernmäßige Illustration des hier über die Beschäftigungsarten der Juden Gesagten zu geben.

Berufe:	Selbständige		Selbständige mit Familienangehörigen	
	Absolut	%	Absolut	%
Landwirtschaft . . . . .	37 373	2,4	179 400	3,6
Industrie . . . . .	555 229	36,3	1 793 937	35,4
Transport- und Verkehrswesen . .	45 958	3,0	201 027	4,0
Handel . . . . .	474 980	31,0	1 956 852	38,6
Persönliche Dienste, Tagelöhnerum Staatlicher und gesellschaftlicher	175 750	11,5	334 827	6,6
Dienst, freie Berufe . . . . .	71 914	4,7	264 683	5,2
Unproduktive und unbestimmte Berufe . . . . .	116 338	7,6	278 095	5,5
Militär . . . . .	53 195	3,5	54 277	1,1
Zusammen	1 530 737	100,0	5 063 098	100,0

Die Juden zählen in ihren Reihen nur wenig Landwirte. Wenn wir von dieser grundsätzlichen Eigentümlichkeit der beruflichen Struktur der jüdischen Bevölkerung absehen, so ist diese keineswegs als einseitig anzusehen. Die Zahl der in der Industrie (hauptsächlich im Handwerk) Beschäftigten war schon am Ende des Jahrhunderts sogar größer als die der im Handel Beschäftigten.

Wir können also den Schluß ziehen: wie auch die Politik der russischen Regierungen gewesen sein mag (und sie war in den verschiedenen Perioden im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Lage verschieden), die Einverleibung der jüdischen Massen in das große Reich brachte es allmählich zu einer völligen Veränderung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Ein Volk von Vermittlern zwischen Gutsherrn und Leibeigenen, von Schankwirten und kleinen Händlern erfuhr jetzt eine neue berufliche und auch soziale Gliederung. Dabei haben die Juden wichtige volkswirtschaftliche Funktionen

übernommen, und ihre Tätigkeit gewinnt für das Land immer mehr an Bedeutung. Es fragt sich noch, ob die jüdische Bevölkerung einen materiellen Wohlstand dabei zu erreichen vermochte. Von einem Teil der Juden läßt sich das wohl behaupten. Eine bedeutende Schicht von wohlhabenden Kaufleuten, Unternehmern und Vertretern der freien Berufe war in schnellem Wachstum begriffen. Die Massen konnten sich auch schon einen gewissen erträglichen standard of life behaupten. Die jüdischen Arbeiter in der Kleinindustrie schufen ihre geheimen gewerkschaftlichen Organisationen und kämpften nicht ohne Erfolg für die Besserung ihrer Lage. Jedoch blieb in den kleinen Städten und kleinen Ortschaften des Ansiedlungsgebiets viel Elend. Die jüdischen Gemeinden mußten ihre Wohltätigkeit bis aufs Aeußerste anspannen, um der massenhaften Armut zu Hilfe zu kommen <sup>8)</sup>).

Dieser *Pauperismus* unter den jüdischen Massen am Ende des Jahrhunderts war eine Folge der Tatsache, daß der Nahrungsspielraum, der den Juden offen stand, doch ungenügend war. Die schroffe judenfeindliche Politik der Regierung Alexanders III., die Pogrome in der Ukraina in den 80er Jahren, das Verbot der landwirtschaftlichen Betätigung durch das Gesetz vom Jahre 1882, die massenhaften Ausweisungen aus dem Inneren Rußlands (aus Moskau allein in den Jahren 1891—92 von über 25 000 Juden), aus den Dörfern, aus dem Grenzstreifen, der Uebergang der Eisenbahnen in die Hände des Staates und etwas später die Einführung des Branntweinmonopols — dies alles mußte die wirtschaftliche Lage der Juden sehr stark verschlechtern. In den Städten des Ansiedlungsgebiets herrschte Uebervölkerung <sup>9)</sup>).

<sup>8)</sup> Wie groß dieser Pauperismus am Ende des Jahrhunderts war, ist aus folgenden Tatsachen zu schließen. Wie bekannt, fordert das Passahfest bei den Juden gewisse Extraausgaben, und die wohlhabenderen Schichten der jüdischen Bevölkerung fühlen es als ihre religiöse Pflicht zu dieser Zeit den ärmeren zu Hilfe zu kommen. Nach den Forschungen von Jewish Colonisation Association haben in 1200 Gemeinden 132 855 Familien, d. h. 19% der jüdischen Bevölkerung, die wohltätige Hilfe ihrer Glaubensgenossen zum Passahfest in Anspruch genommen. Diese Hilfe betrifft einen außerordentlichen Augenblick. Nehmen wir daher das Bedürfnis an Heizmitteln für den Winter als ein mehr gewöhnliches. Um dieses Bedürfnis zu befriedigen, mußten sich in den Gemeinden 59 468 Familien, d. h. 8,4% der jüdischen Bevölkerung, an die Wohltätigkeit wenden. \*Materialiensammlung über die wirtschaftliche Lage der Juden in Rußland\* (russisch) Bd. II, S. 221—228.

<sup>9)</sup> Wir können es mit folgenden Zahlen der Volkszählung des Jahres 1897 illustrieren. Nehmen wir zwei Gouvernements des Ansiedlungsgebiets Mohilew



Die Politik des Zaren Nikolaus II. bezüglich der Juden war nicht einheitlich, doch wesentliche Milderungen in der beschränkenden Gesetzgebung sind vor dem Kriegsausbruch nicht eingetreten. Doch gerade von den 90er Jahren an geht eine engere Verknüpfung der Wirtschaft des Ansiedlungsgebietes mit den anderen Teilen des Reiches vor sich; in Verbindung mit dem allgemeinen Aufstieg der russischen Volkswirtschaft führt das zu einer gewissen Milderung des Zustandes der Uebervölkerung im Ansiedlungsgebiet.

Außer der allgemein günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes war noch die immer wachsende Auswanderungsbewegung, die im letzten Jahrzehnt sogar zu einer absoluten Verminderung der jüdischen Bevölkerung führte, von ausschlaggebender Bedeutung für die Wirtschaftslage derselben. Da die größten Aussichten auf Erfolg in den Vereinigten Staaten, wohin 80% der jüdischen Auswanderer gingen, die physisch Arbeitenden hatten, so hat diese Bewegung auch nicht wenig dazu beigetragen, die jüdische Jugend zur physischen Arbeit heranzuziehen.

Die allgemeine wirtschaftliche und soziale Umschichtung des russischen Judentums war auch für die Gestaltung seines geistigen Lebens mit wichtigen Folgen verbunden. Wir sagten schon, daß immer größere Schichten der Juden sich die russische Kultur zu eigen machten. Die assimilierten Juden nahmen einen regen Anteil am geistigen und politischen Leben Rußlands, sie wurden in den letzten Dezennien vor dem Kriege zu einem nicht unbedeutenden Faktor desselben.

Aber das Kennzeichnende für die geistige Entwicklung des

---

und Witebsk, die eine bedeutende jüdische Bevölkerung besaßen (12,09% und 11,80% der gesamten Bevölkerung) und die beiden angrenzenden Gouvernements außerhalb des Ansiedlungsgebiets, Smolensk und Pskov, die nur eine unbedeutende jüdische Bevölkerung (0,73% und 0,66% der gesamten Bevölkerung) hatten. In den letzten Gouvernements waren die Prozentsätze der Bevölkerung, die von der Bekleidungsindustrie lebten, — 1,16% und 1,09%, in den ersten beiden — 2,43%; das Verhältnis der Prozentsätze ist 100 : 220. In den letzteren Gouvernements lebten vom Handel 1,94%, in den ersteren 5,29% der gesamten Bevölkerung; das Verhältnis der betreffenden Prozentsätze ist 100 : 273 (das Verhältnis der von der Fuhrmannstätigkeit lebenden war sogar 100 : 420). Wir nahmen hier Berufe, die unter den Juden im Ansiedlungsgebiet besonders stark vertreten sind. Die Ziffern zeigen mit Deutlichkeit, daß die spezifisch jüdischen Berufe im Ansiedlungsgebiet überfüllt waren. Diese Uebervölkerung wurde künstlich durch die begrenzende Gesetzgebung geschaffen. B. Brutzkus, Die berufliche Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung (russisch), S. 28—34.

russischen Judentums war die Herausbildung einer neuen nationaljüdischen Kultur auf der allgemeinen europäischen Grundlage. Die verhältnismäßige Vielgestaltigkeit des jüdischen wirtschaftlichen Lebens schuf den sozialen Boden für diese nationale Kultur. Es entwickelt sich eine moderne hebräische Literatur, und bald erhält eine noch viel größere Bedeutung die Literatur in der jüdischen Umgangssprache (jiddisch). Es entsteht eine jüdische Presse, jüdisches Theater, jüdische nationale Musik usw. Das russische Judentum erlangt vor dem Kriege die führende Rolle inmitten des Weltjudentums. Von ihm gehen moderne Strömungen im gesellschaftlichen und geistigen Leben des Judentums aus, die auch auf andere Teile desselben, soweit sie am nationalen jüdischen Leben teilzunehmen befähigt sind, den größten Einfluß ausüben.

Das Eigentümliche dabei ist, daß gerade die Juden des Ostens, die in nähere Berührung mit der russischen Kultur kamen, die größte geistige Regsamkeit zeugten. Am meisten haben sich vom Geiste des alten Ghetto-Judentums die Juden von Ost-Ukraina, von Weißrußland und von Litauen entfernt, und gerade in Kongreß-Polen und West-Ukraina blieb noch ein sehr bedeutender Teil der jüdischen Masse unter dem starken Einfluß des Chassidismus, einer mystischen religiösen Bewegung, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter den Juden Verbreitung fand, und der modernen Kultur vollkommen fremd ist.

Auch die Juden Galiziens, der östlichen Provinzen Ungarns und Rumäniens waren in ihrem wirtschaftlichen und geistigen Leben im Vergleich mit den russischen Juden ziemlich rückständig.

Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Massen blieb jedoch schwierig, denn die Regierung gab ihnen nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Kräfte zu entfalten. Wäre aber die Emanzipation von ihnen errungen worden, so hätten sie auf eine bessere Zukunft in einem Lande mit so großen Entwicklungsmöglichkeiten hoffen können. Und nach der allgemeinen Ueberzeugung war der Kampf der russischen Juden um die Emanzipation keineswegs hoffnungslos. Schon Stolypin wollte im Jahre 1906, gleichzeitig mit der Beseitigung der Ueberreste der ständischen Organisation der Bauern, die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der Juden abschaffen. Aber er stieß auf den hartnäckigen Widerstand des äußerst judenfeindlich gestimmten Hofes. Die beschränkende Gesetzgebung kam indessen in immer



schärferen Gegensatz mit der allgemeinen freieren Entwicklung der Rechtsverhältnisse in Rußland. Diese Gesetzgebung war eine der Ursachen, warum man z. B. die Paßfreiheit in Rußland nicht einzuführen vermochte; sie wurde zum Hemmschuh für die Entwicklung der russischen Aktiengesellschaften usw. Die beste Gewähr für die künftige Emanzipation der Juden gab aber die Tatsache, daß die judenfeindliche Politik der Regierung damals weder in den gebildeten Kreisen, noch in den weiten Massen Anklang fand.

Zur Zeit ist die Emanzipation des osteuropäischen Judentums formell verwirklicht. Sie geschah aber unter Umständen, die ganz verschieden von jenen sind, unter denen man sie erwartete. Sie geschah nicht in einer Periode des kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwungs Osteuropas, sondern in dem Augenblick, als alle Grundlagen der früheren Ordnung, die die Juden in eine große kulturelle und wirtschaftliche Gemeinschaft einzugliedern vermochten, zerstört wurden. Und darum brachte die Emanzipation den Juden lange nicht das, was sie von ihr erhofften.

## II. Die Erschütterungen des Krieges und der Revolution.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges am 31. Juli 1914 tritt Rußland in eine katastrophale Periode seiner geschichtlichen Entwicklung ein, die auch für das Leben des Ostjudentums verhängnisvolle Auswirkungen hatte. Der Zersetzungsprozeß dauerte in Rußland beinahe 7 Jahre, und erst nach der im März 1921 durch Lenin erfolgten Verkündung der neuen Wirtschaftspolitik konnten gewisse schaffende Kräfte zur Wirkung gelangen. Von da ab macht sich eine Wiederaufbaubewegung bemerkbar, die trotz aller schweren Hemmungen sich allmählich durchsetzt.

Die Folge des Krieges war die Sprengung des großen jüdischen Zentrums in Rußland. Laut Volkszählung vom Jahre 1897, der einzigen, die unter der kaiserlichen Regierung stattgefunden hat, lebten im Reiche 5 193 000 Juden, die 4,1 % der Gesamtbevölkerung des Reiches ausmachten<sup>10)</sup>. Auf dem Territorium aber, das in den Grenzen des heutigen Rußlands geblieben ist, lebten im Jahre 1897 nur 2 560 000

<sup>10)</sup> Die wenig zahlreichen Gruppen der exotischen (kaukasischen, bucharischen usw.) Juden nicht einbezogen.

Juden, d. h. die Hälfte der jüdischen Bevölkerung des ehemaligen Reiches; sie machten nur 2,4 % der Gesamtbevölkerung auf demselben Territorium aus.

Die andere Hälfte der Juden befindet sich gegenwärtig innerhalb der Grenzen der neuen nationalen Staaten, die infolge des Weltkrieges entstanden sind. Die vollkommene Absonderung von dem großen russischen Reiche hat sehr ungünstige Folgen im wirtschaftlichen Leben der Juden in den sog. Randstaaten gezeitigt. Im allgemeinen sind aber die wirtschaftlichen Bedingungen, in denen die Juden in der U.d.S.S.R. und in den Randstaaten leben, grundsätzlich voneinander verschieden. Im folgenden wollen wir nur die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden betrachten, die in der U.d.S.S.R. geblieben sind.

Diese mußten in den Jahren 1917—21 eine Reihe von Katastrophen durchmachen, die wir hier nur kurz andeuten können. Unter den Erschütterungen des Krieges sei vor allem das Schicksal der 350—400 000 teils durch die Militärgewalt ausgewiesener, teils geflüchteter Juden erwähnt. Dann kommt der drei Jahre andauernde Bürgerkrieg und die mit ihm verbundenen Pogrome der Gegenrevolution.

Die Pogrome der Zeit des Bürgerkriegs sind Erscheinungen von ganz anderer Art, als die der Kaiserzeit. Schon die Tatsache, daß die Pogrome der Kaiserzeit beim Bestehen eines äußerlich geordneten Staates vorkamen, zog der Tätigkeit der Pogrombanden gewisse Grenzen. Mögen darum die Pogrome dieser Zeit sehr traurige Erscheinungen im politischen Leben des Reiches gewesen sein, mögen sie eine innere Zersetzung der kaiserlichen Regierung kennzeichnen, ihre wirtschaftliche Bedeutung darf man nicht überschätzen. Wenige Jahre genügten, um das Wirtschaftsleben einer von einem Pogrom heimgesuchten Stadt in Ordnung zu bringen.

Die Pogrome im Bürgerkrieg wurden von bewaffneten Militärabteilungen veranstaltet. Sie waren ein Ausdruck der Tatsache, daß das Land sich in einem anarchischen Zustand befand und der Willkür der im Bürgerkrieg vollkommen verwilderten Soldateska oder gar bewaffneter Banden, die überhaupt keine höhere Gewalt über sich anerkannten, preisgegeben war. Unter dieser Anarchie haben selbstverständlich nicht allein die Juden gelitten. Aber in Ukraina (und auch in Poles'e) waren sie die

hauptsächlichen Opfer der Gewalttaten. Die Pogrome nahmen einen Charakter nicht nur massenhafter Plünderungen, sondern auch massenhafter Metzereien an. Der Pogrom war jetzt keine einmalige Erscheinung; viele jüdische Gemeinden haben eine Reihe von Pogromen erlitten, und lebten Monate, selbst Jahre lang unter dem Pogromschrecken; viele Gemeinden wurden durch aufeinanderfolgende Pogrome vollkommen vernichtet. Solch eine Katastrophe haben die Juden der Ukraina seit den Zeiten des Hetmans Chmel'nickij nicht mehr erlebt.

Der Sieg des Bol'schewismus brachte eine gewisse Ordnung in das vielgeprüfte Land; die Pogrombanden wurden ausgerottet. Das sollte aber eine bol'shevistische Ordnung sein. Die wohlhabende bürgerliche Bevölkerung, die unter der Kontrerevolution unsystematisch in Verbindung mit allerlei Greuelthaten beraubt wurde, wurde jetzt in Ruhe und ganz systematisch »expropriert«. Das System des folgerichtigen Kommunismus oder des »Kriegskommunismus«, wie man ihn später nennen wollte, war mit der bestehenden wirtschaftlichen Tätigkeit der jüdischen Bevölkerung unvereinbar. Zum Glück für sie herrschte das System des »Kriegskommunismus« im früheren Ansiedlungsgebiet nur kurze Zeit. Nicht lange nach der endgültigen Eroberung Westrußlands durch die bol'shevistische Regierung kam es zur Verkündung der Neuen Wirtschaftspolitik. Sie kam aber zu spät. Das Land war durch den Krieg, durch die Agrarrevolution und durch die Politik des folgerichtigen Kommunismus bis an den letzten Rand der Erschöpfung gebracht. Die große Mißernte des Jahres 1921 hat nicht nur den Südosten, sie hat das ganze Steppengebiet betroffen. Bis zum Frühling 1922 hat sich die Hungersnot in den Städten der Süd-Ukraina, in Odessa, in Cherson, in Simferopol u. a. m. so verschärft, daß die Bevölkerung in Massen Hungers starb. Erst die im Mai 1922 herangeeilte Hilfe der jüdisch-amerikanischen Hilfsorganisation (Joint Distribution Committee) vermochte dem endgültigen Aussterben der städtischen Bevölkerung des Südens vorzubeugen.

Schon die starke Auswanderungsbewegung der Juden vor dem Kriege und die folgenden großen Katastrophen machen die Vermutung wahrscheinlich, daß die jüdische Bevölkerung auf dem gegenwärtigen russischen Territorium wenn nicht absolut, so doch verhältnismäßig seit der Volkszählung des Jahres 1897

zurückgegangen sei. Der Ausfall konnte nicht durch die großen Flüchtlingsmassen kompensiert werden, denn bei der ersten besten Möglichkeit, wie sie durch den Friedensschluß mit den Randstaaten geschaffen wurde, kehrten die Hauptmassen der Flüchtlinge nach ihrer Heimat zurück. Auch viele andere, die für die Randländer zu optieren die Möglichkeit erhielten, haben Rußland verlassen. Große Massen sind vor Pogromen, Hunger und Bol'shevismus geflüchtet und haben trotz allen Gefahren die russische Grenze illegalerweise überschritten. Das kommunistische Rußland wirkte auf die Juden nicht weniger abstoßend, als das zaristische.

Die allgemeine Volkszählung des Jahres 1926, die in verhältnismäßig geordneten Zuständen durchgeführt wurde, hat die erwähnte Vermutung vollkommen bestätigt. Es rechneten sich als zum jüdischen Volkstum gehörend 2 600 900 Bürger. Also war der absolute Zuwachs der jüdischen Bevölkerung in den verflossenen 29 Jahren ganz unbedeutend, und darum ist es zu ihrem bedeutenden *prozentuellen Rückgang* auf dem Gebiete des heutigen Rußland von 2,4 % im Jahre 1897 bis auf 1,8 % im Jahre 1926 gekommen.

Die wichtige Frage ist aber, ob die in Verbindung mit den Kriegsereignissen teilweise im Jahre 1915 und endgültig im Jahre 1917 stattgefundenen Abschaffung der Beschränkungen der Bewegungsfreiheit der Juden zu ihrer gleichmäßigeren *Verteilung* wesentlich beigetragen hat. Eine gewisse Vorstellung darüber können wir aus der folgenden Tabelle erhalten, die die Verteilung der Juden über die Republiken der U.d.S.S.R. darstellt:

Republiken	Zahl der Juden	Prozentuelle Verteilung der Juden	Das prozentuelle Verhältnis der Juden zu der Gesamtbevölkerung
Ukraina . . . . .	1574,4	60,5	5,4
Weißrußland . . . . .	407,1	15,7	8,2
R.S.F.S.R. . . . .	566,9	21,8	0,6
Andere Republiken . .	52,5	2,0	0,4
Insgesamt	2600,9	100,0	1,8

Im Inneren Rußlands ist die jüdische Bevölkerung stark gewachsen, während sie in den zwei westlichen Republiken, Ukraina und Weißrußland, sogar zurückgegangen ist. Die Bewegung der jüdischen Bevölkerung richtet sich überwiegend nach den Hauptstädten, — nach Moskau und Petersburg in R.S.F.S.R. und nach

Kiew und Charkow in der Ukraina, die ihr vor dem Kriege schwer zugänglich waren, und in denen gegenwärtig unter der Herrschaft des kommunistischen Systems die wirtschaftlichen Kräfte des ganzen Landes in viel größerem Maße als vor dem Kriege konzentriert sind. Doch auch jetzt verbleiben noch ungefähr drei Viertel der jüdischen Bevölkerung in dem gewordenen, infolge des Krieges stark geschmälernten, Ansiedlungsgebiet. Auf dem rechten Ufer des Dneprs überfüllen sie auch jetzt noch die Kleinstädte und machen 30 % bis über 50 % der Bevölkerung anderer Städte dieses Gebietes aus.

Nachdem in der Periode des »Kriegskommunismus« ein bedeutender Teil des, ohnehin wenig zahlreichen, russischen Kleinbürgertums aufs Land geflüchtet war, wurde konzentriertes Kleinbürgertum in Rußland in noch größerem Maße, als es vor dem Krieg der Fall war, zu einer spezifisch mit dem Bestehen des Judentums verbundenen Erscheinung.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der jüdischen Bevölkerung unter der Sovetregierung seitens oberflächlicher Beobachter wird gewöhnlich die Bedeutung ihrer formalen Gleichberechtigung hervorgehoben. Die Tatsache, daß ein zahlreiches jüdisches Beamtentum besteht, und daß auf den höchsten Posten oft Juden zu treffen sind, macht auf solche Beobachter einen großen Eindruck. In der Tat kann dies als Beweis dienen, daß die Gleichberechtigung der Juden als einer nationalen oder religiösen Bevölkerungsgruppe in Sovetrußland folgerichtig durchgesetzt ist. Daraus sind aber noch keine entscheidenden Schlüsse über die wirtschaftliche Lage der jüdischen Massen zu ziehen. Wir haben schon gesehen, daß die drückende rechtliche Lage der Juden vor dem Kriege ihren wirtschaftlichen und auch sozialen Aufstieg nicht aufzuhalten vermochte. Andererseits aber schließt die Gleichberechtigung der Juden in den ganz spezifischen Bedingungen eines kommunistischen Staates ihren wirtschaftlichen und sozialen Niedergang nicht aus.

Die jüdischen Massen bestanden vor dem Kriege aus einem zahlreichen Bürgertum und auch aus zahlreichen körperlich arbeitenden Elementen. Die letzteren waren nicht in der Landwirtschaft und auch nicht in der Großindustrie, sondern im Handwerk und in der Kleinindustrie beschäftigt. Handwerk und Kleinindustrie können wohl durch eine soziale Revolution zerrüttet, sie können aber nicht auf dem Wege der Nationalisierung

wieder in Gang gesetzt werden. Mögen die zerstörenden Kräfte einer Revolution sehr groß sein, ihre schaffenden Kräfte bleiben immer begrenzt, — sie vermag nicht mit einem Schlage das wirtschaftliche Leben einer nach Millionen zählenden Bevölkerung auf ganz neue Grundlage zu stellen. Darum bleibt die wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung nach der sozialen Revolution davon abhängig, wie sich die Sovetregierung zur privaten städtischen Wirtschaft, zum Handwerk und zum privaten Handel verhält <sup>11)</sup>).

### III. Die jüdischen Massen unter der neuen Wirtschaftspolitik.

Der Uebergang zur neuen Wirtschaftspolitik war als eine Konzession an die Bauernschaft gedacht. Derselben mußte erlaubt

<sup>11)</sup> Die Untersuchung der Zustände des nachrevolutionären Rußlands stößt auf große Schwierigkeiten, denn man ist fast ausschließlich auf kommunistische Quellen angewiesen. Und doch können die Ergebnisse solcher Untersuchungen, wenn sie vorsichtig geführt werden, wichtig sein. Es besteht im heutigen Rußland ein sehr reges Interesse für wirtschaftliche Fragen, und die Literatur, die die laufenden Fragen des Wirtschaftslebens behandelt, ist sehr reichhaltig. Man sollte dabei nur keinen zu großen Wert auf die offiziellen Erklärungen der Führer des kommunistischen Staates und noch weniger auf das fürs Ausland gedruckte Material legen. Die Berichte der Ausländer, die in den meisten Fällen in keine freie Berührung mit der Bevölkerung kommen können und auf die Führung durch die Kommunisten angewiesen sind, haben mit wenigen Ausnahmen nur einen problematischen Wert. Eine kritische Benutzung von kommunistischen Materialien, die für den inneren Gebrauch bestimmt sind, ist doch der beste, obgleich keineswegs leichte Weg zur Erfassung der Wahrheit, und diesen Weg beschreitet hier auch der Verfasser. Eine persönliche nahe Bekanntschaft mit dem russischen Leben, wie es sich vor der Revolution und auch in der Revolution eigentümlich gestaltete, ist von Bedeutung bei der Benutzung des Materials.

Speziell über die Wirtschaftslage der jüdischen Bevölkerung wird reichliches Material in der in jiddischer Sprache gedruckten kommunistischen Presse, besonders in dem führenden Organ »Der Emes«, veröffentlicht. Selbstverständlich muß man sich dabei von den Leitartikeln, die mit Lobpreisungen der Revolution überfüllt sind, nicht irreführen lassen. Ein treffliches konkretes Bild des wirtschaftlichen Lebens der jüdischen Massen im Jahre 1924, gezeichnet nach kommunistischen Quellen (hauptsächlich auf Grund von Korrespondenzen der jüdischen kommunistischen Presse), finden wir in der in jiddisch gedruckten kleinen, aber inhaltsreichen Schrift von Jakob Leščinskij: »Die Wahrheit über die Juden in Rußland« (»Der Emes wegn die jiden in Rußland«), Berlin, Verlag »Jalkut«, 1925, 64 S. — Einige sehr interessante Monographien auf Grund von Expeditionsforschungen Studierender, in naivem Tone geschrieben, finden wir im Sammelbuch: »Die jüdische Kleinstadt in der Revolution«, Moskau, Staatsverlag 1926, 219 S. (russisch). Auch dieses Material betrifft das Jahr 1924. Mir wurde auch von Herrn Dr. N. Gergel in Berlin liebenswürdigerweise die Möglichkeit gegeben, sein reichhaltiges und gut systematisiertes Material über die betreffende Frage, das aus authentischen kommunistischen Quellen geschöpft ist, zu benutzen.



werden, ihre Ueberschüsse formell frei zu veräußern. Der Markt, der Geldverkehr und andere Formen des bürgerlichen Wirtschaftssystems mußten wiederhergestellt werden. Das einmal nationalisierte private Eigentum wurde nicht zurückerstattet; da aber die Regierung noch keine eigenen passenden Handelsorganisationen besaß und die nationalisierte Großindustrie unter dem Kriegskommunismus beinahe lahmgelegt wurde, mußte die private Handels- und Industrietätigkeit grundsätzlich gestattet werden.

Die Sovetregierung<sup>12)</sup> hat aber den Plan des sozialistischen Aufbaus keineswegs aufgegeben. Unter der neuen Wirtschaftspolitik sollte nicht das Ziel der Regierungstätigkeit, sondern nur die Methoden der Verfolgung dieses Zieles geändert werden. Alle zentralisierten volkswirtschaftlichen Gebilde verblieben in den Händen der Regierung, — als ihre »Kommandohöhen«. Dank diesen und der diktatorischen Gewalt wollte die Sovetregierung die Entwicklung der Volkswirtschaft beherrschen, sie sollte „Planwirtschaft“ treiben und so allmählich die Volkswirtschaft auf sozialistische Geleise überführen.

In Verbindung damit blieb das Verhalten der Sovetregierung zu der Bauernwirtschaft einerseits und zur privaten Industrietätigkeit und zum privaten Handel andererseits grundsätzlich verschieden. Die Versöhnung mit dem Bestehen der Bauernwirtschaft ist nach Lenins Worte »ernst und auf lange Zeit« gemeint. Es soll lediglich der Entstehung einer kapitalkräftigen Bauernschicht vorgebeugt werden, — der »Dickfaust« (Kulak) soll bekämpft werden.

Ganz anders steht es mit den übrigen Formen der privaten Wirtschaftstätigkeit: mit der privaten Industrie, dem Handwerk, dem privaten Handel und auch den freien Berufen. Mit ihrem Bestehen hat sich die Sovetregierung nicht abgefunden, und Lenins Worte »ernst und auf lange Zeit« gelten nicht für sie. Diese Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit können nicht im Gang der Entwicklung umgebildet werden; soll der Sozialismus zum Sieg schreiten, so müssen sie vernichtet werden. Ihr Bestehen birgt in sich sogar gewisse ernste Gefahren für

<sup>12)</sup> Das nachrevolutionäre Rußland wird Sovet-Rußland und seine Regierung Sovet-Regierung bezeichnet. Da diese Benennungen sich schon stark eingebürgert haben, so gebrauche ich sie auch. Ich tue dies aber mit dem Vorbehalt, daß tatsächlich das heutige Rußland nicht von den Sovets, sondern von der Kommunistischen Partei beherrscht wird.

die staatssozialistischen Gebilde. Die Heimindustrie, das Handwerk, die private Industrie könnten der schwerfälligen nationalisierten Großindustrie beim Verkauf der fertigen Erzeugnisse und beim Ankauf von Rohstoffen Konkurrenz machen. Der private Handel könnte die Preispolitik der Sovetregierung durchqueren und so alle ihre wirtschaftlichen Pläne umwerfen. In der privaten Wirtschaftstätigkeit, besonders im Engroshandel könnte es zur schnellen Kapitalbildung kommen, und diese soll in der kommunistischen Gesellschaft ein Monopol der Regierung bleiben. Daraus erklärt sich die zwar nicht einheitliche, im allgemeinen aber ablehnende Politik der Sovetregierung der privaten städtischen Wirtschaftstätigkeit gegenüber. Dieselbe kommt auch in der rechtlichen Lage der Träger dieser Wirtschaftstätigkeit, d. h. der Juden zum Ausdruck.

Das Ziel des Kommunismus ist die Vernichtung jeglicher Klassenunterschiede in der Gesellschaft. Es soll nicht nur die rechtliche Gleichstellung aller Bürger, die im bürgerlichen Staate schon durchgeführt ist und der der Kommunismus einen sehr geringen Wert beimißt, sondern auch ihre wirtschaftliche Gleichstellung, auf die der Kommunismus den größten Wert legt, verwirklicht werden. Dieser glücklichen Zukunft muß aber eine lange Periode der Diktatur des Proletariats vorangehen. In dieser Uebergangsperiode kann die wirtschaftliche Gleichheit der Bürger noch nicht verwirklicht werden; was aber ihre rechtliche Gleichstellung anbelangt, so kann davon unter der Diktatur des Proletariats keine Rede sein. Die Führer des Sovetstaates brandmarken die Gleichheitsidee als eine »echt kleinbürgerliche«<sup>13)</sup>.

Im Sovetstaate entsprechen die Rechte der Bürger ihrer Rolle bei dem Aufbau des Sozialismus. Dies rechtfertigt die privilegierte Stellung der Kommunisten und besonders der sog. »verantwortlichen Arbeiter« in ihrer Mitte. Für die Masse der Parteilosen ist ausschlaggebend, ob sie Mitglieder der Gewerkschaften sind oder nicht. Die Mitglieder der Gewerkschaften, die von ihrem Arbeits- oder Dienstlohn leben, besitzen formell das Wahlrecht; in ihrem Namen wird von der kommunistischen Oligarchie die Diktatur gehandhabt, nur sie dürfen echte Bürger des Sovetstaates sein.

<sup>13)</sup> Siehe die Reden von Kalinin, Tomskij, Molotov auf der Konferenz der Kommunistischen Partei vom Dezember 1925 (»Moskauer Prawda« vom 25., 29., 30. Dezember 1925).



Unter denjenigen, die keine Mitglieder der Gewerkschaften sind, nehmen die Bauern eine gewisse Vorzugsstellung ein. Sie gelten als Bundesgenossen des Proletariats und besitzen aus diesem Grund Bürger- und auch einige politische Rechte.

Die rechtliche Lage der selbständigen Handwerker und der Vertreter der freien Berufe ist viel schlechter als die der Bauern, doch haben sie in den letzten Jahren gewisse Rechte erhalten. Am schlimmsten steht es mit den »nicht Arbeitenden«, mit den Händlern, mit denjenigen, die Arbeitskräfte in ihrem Betriebe benutzen oder, wie man sich im kommunistischen Staate ausdrückt, »ausbeuten«, und mit den sog. »Deklassierten«. Sie besitzen kein Wahlrecht, in Verbindung damit steht ihre volle Entrechtung im bürgerlichen Leben. Für ihre Wohnung, für das Licht, für das Wasser müssen sie das Vielfache dessen entrichten, was die Diener des kommunistischen Staates zahlen. Dabei haben diejenigen, die keine Mitglieder der Gewerkschaften sind, von allem, was die Kommunalverwaltungen für die Steuern, die fast ausschließlich von den in der privaten Wirtschaft Tätigen eingetrieben werden, leisten, am wenigsten. Ihre Kranken werden in die öffentlichen Krankenhäuser nicht aufgenommen. Für ihre Kinder müssen in den Schulen sehr hohe Lehrgelder gezahlt werden, und auf den Hochschulen werden die jungen Leute bürgerlicher Abstammung überhaupt nicht zugelassen.

In einem Staate, der alle Garantien der persönlichen Freiheit, als bürgerliche Institutionen, grundsätzlich ablehnt, in dem alles in unvergleichlich größerem Maße, als es sogar in dem kaiserlichen Rußland der Fall war, vom Gutdünken und dem »revolutionären Gewissen« der wenig gebildeten kommunistischen Behörden abhängig ist, bekommen die sog. Nichtarbeitenden auf Schritt und Tritt ihre erniedrigte Lage zu fühlen. Daß die Klassenjustiz ihnen dabei keinen Schutz gewährt, ist ohne weiteres klar.

Dabei ist auch der Uebergang von einer gesellschaftlichen Klasse in eine andere mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden. Bei der Aufnahme in eine Hochschule, in den Staatsdienst, in eine Fabrik wird nicht nur nach der früheren Beschäftigung, sondern auch nach der Herkunft der Bewerber gefragt. Nicht nur ehemalige Händler, sondern auch Handwerker und sogar ihre Kinder werden an Arbeitsbörsen nicht registriert und können also nur ganz ausnahmsweise Lohnarbeit erhalten. Die Gewerkschaften sorgen dafür, daß auch in den privaten Unter-

nehmungen Leute bürgerlicher Herkunft nicht als Arbeiter angestellt werden. So erhält der Sovetstaat im Gegensatz zu dem bürgerlichen eine ausgesprochene ständische Prägung. Der Unterschied vom alten ständischen Staat besteht nur in einer anderen Lagerung der Stände.

Das sind die Grundlagen, auf welchen das Verhältnis der Sovetregierung zur privaten Wirtschaft und ihren Trägern aufgebaut ist. Der Kampf gegen die private Wirtschaft wird aber in Zusammenhang mit der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Lage mit verschiedener Schärfe geführt.

Dieser Kampf gegen die private Wirtschaft ist nun in bedeutendem Maße ein Kampf gegen das Judentum. In den zwei westlichen Republiken, Ukraine und Weißrußland, von denen die erstere in jeder Hinsicht von größter Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Sovetunion ist, sind die Juden nahezu die einzigen Träger der privaten Wirtschaft. Die Juden spielen jetzt aber auch in der privaten Wirtschaft der Hauptstädte die führende Rolle. Das Emporkommen der Juden in den Hauptstädten: Moskau, Petersburg, Char'kov, Kiev, die ihnen vor der Revolution schwer zugänglich waren und in deren Wirtschaftsleben sie damals eine recht bescheidene Rolle spielten, hängt mit den äußerst schwierigen Bedingungen zusammen, in welchen die Privatwirtschaft unter einer diktatorischen Regierung, die die Grundsätze der Rechtsordnung ablehnt, sich befindet. Die Juden, die auch schon früher mit gewissen Schwierigkeiten ähnlicher Art zu kämpfen hatten, finden sich leichter in die gegebenen Bedingungen ein, als das russische Bürgertum, das an ganz andere Zustände gewohnt war.

Insofern wir aber die Lage der jüdischen Massen und nicht der Juden, die nach dem Inneren Rußlands vorgedrungen sind, verfolgen, müssen wir unsern Blick den beiden westlichen Republiken zuwenden, wo sie ansässig geblieben sind. Und da müssen wir mit noch einem Faktor, — mit der jüdischen Sektion der Kommunistischen Partei (der »Jevsekcija«) —, rechnen. Rußland wird durch die Kommunistische Partei diktatorisch regiert. Es wird aber den nationalen Sektionen der Partei überlassen, die einzelnen nationalen Gebiete im Rahmen der Parteidirektiven als »autonome« oder sogar »selbständige« Republiken zu verwalten. Die jüdische Sektion der Partei verfügt über kein nationales Gebiet; doch ist ihr Einfluß auf das

Leben der jüdischen Massen in den Städten des ehemaligen An-siedlungsrayons bedeutend.

Nach der Verkündung der neuen Wirtschaftspolitik fühlte sich die Kommunistische Partei etwas niedergeschlagen. Der gerade Weg zum Aufbau des Sozialismus brachte nicht zum Ziele, und ein neuer Weg war noch nicht recht durchdacht. Man überließ es der privaten Wirtschaftstätigkeit, die zerstörte Volkswirtschaft wieder aufzubauen. Die erste Periode der neuen Wirtschaftspolitik dauerte 2 ½ Jahre bis zum Herbst 1923. Die Bedingungen waren äußerst schwierig. Die Volkswirtschaft lag in Trümmern, im Süden wütete der Hunger, es fehlte das Kapital und es fehlte der nervus rerum einer Tauschwirtschaft — ein geordnetes Geldwesen.

Und doch war die Wirkung jenes Körnchens wirtschaftlicher Freiheit, das die Bevölkerung erhalten hat, geradezu überraschend. Der private Handel hat es verstanden, das gänzlich vom Kommunismus zerrissene Gewebe der Volkswirtschaft teilweise wiederherzustellen. Der Warenaustausch zwischen Stadt und Land wurde allmählich wieder aufgenommen. Die Handelstätigkeit war damals sehr gewinnbringend, und darum kam es bald in den Großstädten zu einer gewissen Kapitalbildung.

Was dabei die jüdischen Massen in den Westrepubliken anbelangt, so war gerade ihr wirtschaftlicher Aufstieg eine besonders schwierige Aufgabe. Auch vor dem Kriege war der Nahrungsspielraum dieser Bevölkerung nicht weit genug. Der allgemeine Verfall der russischen Volkswirtschaft, bei dem das jüdische Kleinbürgertum im Gegensatz zum russischen keine Möglichkeit hatte, sich auf das platte Land zurückzuziehen, mußte die Uebervölkerung in den Städten Westrußlands noch verschärfen.

Und bei alledem stießen die jüdischen Massen bei ihrem Versuch, frühere Wirtschaftstätigkeit wieder aufzunehmen, auch noch auf spezielle Schwierigkeiten seitens der »Jevsekcija«. Die Führer derselben stammten aus den Reihen der früheren jüdischen sozialistischen Parteien. Die letzteren waren Organisationen jüdischer Arbeiter, die nicht in der Großindustrie, sondern im Handwerk und in der Kleinindustrie beschäftigt waren. Die jüdischen Sozialisten erblickten im Kampf mit dem jüdischen Kleinbürgertum ihren Daseinszweck, und diese Stimmungen herrschten auch weiter in der »Jevsekcija«. Da sie kein autonomes Gebiet zu verwalten hatte, beeilte sie sich, diesen Kampf gegen

das jüdische Kleinbürgertum wiederaufzunehmen. Für die von Lenin aus wichtigen allgemeinen politischen Rücksichten verkündete Neue Wirtschaftspolitik hatte sie kein Verständnis, und wollte keinen Augenblick von dem Kampf mit dem jüdischen Kleinbürgertum Abstand nehmen. Sie sorgte dafür, daß das jüdische Kleinbürgertum sich nicht mehr erholen konnte. Als eine proletarische Partei interessierte sie sich dabei weniger für den Handel als für die Industrie. In der Hoffnung, daß der Sozialismus mit seinen großartigen Staatsunternehmungen bald in die jüdischen Kleinstädte Einzug halten werde, ließ es die »Jevsekija« nicht zu, daß das jüdische Handwerk und die jüdische Kleinindustrie wieder erstarkten. Den Handwerkern und Unternehmern wurden solche Bedingungen gestellt, daß die Verwendung von Lohnarbeitern und auch Lehrlingen äußerst erschwert wurde.

In dieser Periode stand somit die Politik der »Jevsekija« in gewissem Widerspruch zu der allgemeinen Politik der Partei. Und darum war ihr der Umschwung im Verhalten der Sovetregierung der privaten Wirtschaftstätigkeit gegenüber, der am Ende des Jahres 1923 stattgefunden hat, sehr willkommen.

Die ganz offensichtlichen Fortschritte der Volkswirtschaft unter der neuen Politik machten auf die herrschende Partei einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits vergrößerten diese Fortschritte ihre wirtschaftliche Macht. Andererseits aber riefen sie, insofern die Entwicklung im Rahmen der Privatwirtschaft verlief, bei den dem rechtgläubigen Kommunismus treu verbliebenen Parteimitgliedern Befürchtungen hervor, die Privatwirtschaft werde zu sehr erstarken, eine neue Bourgeoisie werde entstehen und die Partei werde schließlich ihre diktatorischen Machtvollkommenheiten verlieren. So kam es zu einer »k o m m u n i s t i s c h e n R e a k t i o n«, die anderthalb Jahre, vom Ende 1923 ab bis zum Frühling 1925, andauerte.

Es wurden energische Maßnahmen getroffen, um die günstige Entwicklung der privaten Unternehmungen zu unterbinden und den privaten Handel durch die unter die Leitung der Partei gestellten Genossenschaften zu ersetzen. Die private Wirtschaft wurde mit schweren, unerträglichen Steuern belastet, während die schwerfälligen staatlichen Handelsorganisationen und Genossenschaften entweder völlig von gewissen Steuern befreit wurden oder Ermäßigungen im Umfange von 25—50% erhielten. Laut ungefähren Berechnungen erreichten im Jahre 1924—25 allein

die Vergünstigungen bei der Gewerbesteuer für die sog. sozialistischen Handelsorganisationen 373 Mill. Rubel<sup>14)</sup>.

Die Steuereintreibung von privaten Unternehmern geht in unnachsigster Weise vor sich. Jede Verspätung wird mit schwerer Strafe geahndet. Man beschlagnahmt bei dem Händler seine Waren, konfisziert bei dem Handwerker seine letzten Rohstoffe und Werkzeuge, beim Schuster das Leder seiner Kunden usw. Dann folgen Gefängnisstrafen. Die ganze Organisation des Sowetstaates bringt es mit sich, daß der private Mann der Willkür der wenig geschulten Finanzbehörden preisgegeben ist.

Für das Jahr 1923—24 (das Wirtschaftsjahr wird in der Sowetunion vom 1. Oktober ab gerechnet) wurde dabei der Finanzbehörde eine ausdrückliche Direktive erteilt, den Büchern der Steuerzahler keinen Glauben zu schenken. Nach sehr vorsichtigen Berechnungen wurden im Jahre 1923—24 die Umsätze der Privatwirtschaft mindestens um 50 % von dem Finanzinspektorat überschätzt<sup>15)</sup>.

Die Steuerpolitik verwandelte sich in dieser Periode in eine zweite Expropriation, und diese betraf auch die ärmsten Händler und Handwerker. Als eine Regierung der Diktatur, verschmähte die Sowetregierung aber keineswegs auch offene Gewaltmittel. Die Vertreter der neuen Bourgeoisie, hauptsächlich Juden, die in den Jahren 1921—1923 in den Hauptstädten aufkamen, wurden zu Anfang des Jahres 1924 durch die GPU. (Staatspolitische Verwaltung, die Erbin der Če-Ka) zu tausenden verhaftet; ihr ganzes Hab und Gut wurde eingezogen und sie selber nach den Polargegenden verschickt.

Einen besonderen Nachdruck legte die Regierung darauf, die Entwicklung des privaten Großhandels zu unterbinden. Der Engroshandel wurde am Ende des Jahres 1923 durch eine schroffe Senkung der Preise in den staatlichen Handelsorganisationen stark geschädigt. Den Syndikaten, die die Erzeugnisse der nationalisierten Industrie veräußerten, wurde jetzt vorgeschrieben, ihre Waren möglichst nur an die Staatshandelsorganisationen und Genossenschaften zu verkaufen. Die ohnehin unbedeutenden Kredite der Banken an den privaten Handel

<sup>14)</sup> M. Rzewuskij, Die Entwicklungsbedingungen des privaten Handels »Vestnik Finansov« (Finanzbote) 1926, H. 12 S. 73.

<sup>15)</sup> Das Privatkapital in der Volkswirtschaft der U.d.S.S.R. (Častnyj kapital v narodnom chozjajstve S.S.S.R.) Verlag Promizdat 1927, S. 193.

wurden noch gekürzt. Wenn die Syndikate doch gezwungen waren, ihre Waren infolge der Lücken im Genossenschaftsgesetz an Private zu verkaufen, so wurden diesen schwere Bedingungen auferlegt.

Um die Entwicklung der Privatindustrie zu hemmen, wurden der Verwendung von Lohnarbeit große Schwierigkeiten bereitet. Die Arbeitsgesetzgebung, auf die der kommunistische Staat so stolz ist, wird in der nationalisierten Industrie nicht folgerichtig angewendet; es genügt, auf die ziemlich starke Entwicklung der Ueberstunden und die schlechten äußeren Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Auch die Arbeitsdisziplin wird hier immer strenger durchgesetzt. Dafür aber muß in der Privatindustrie und selbst bei dem armseligsten Handwerker die Arbeitsgesetzgebung strengstens eingehalten werden. Die Meister müssen ungeheure soziale Lasten tragen, müssen bei der Kündigung große Vorauszahlungen machen usw. Ob so etwas für einen armen Handwerker wirtschaftlich erträglich sei, wird nicht in Betracht gezogen. Durch alle diese Maßnahmen, die unter dem Vorwand des »Schutzes des werktätigen Volkes« unternommen wurden, sollte die nationalisierte Industrie vor der privaten Konkurrenz geschützt werden.

Die »kommunistische Reaktion« im Jahre 1924 hat die schnelle Entwicklung der privaten Wirtschaftstätigkeit aufgehalten. Sie hat das Emporkommen der nationalisierten Großindustrie in einer Zeit, als sie noch in Kinderschuhen steckte, gesichert. Die Genossenschaften konnten jetzt, dank den erlangten Vergünstigungen und Vorrechten, ihr Netz ausbreiten.

Die Zahl privater Unternehmungen ist bedeutend zurückgegangen. Die natürliche fortschrittliche Tendenz zur Vergrößerung der privaten Handelsunternehmungen in einer wieder auflebenden Volkswirtschaft wurde lahmgelegt, und eine entgegengesetzte Entwicklung hat eingesetzt.

Der Kommunismus konnte seinerzeit in der Ukraine und in Weißrußland nicht folgerichtig durchgesetzt und die Expropriation des Kleinbürgertums nicht zu Ende geführt werden. Jetzt nutzte die »Jevsekicja« den günstigen Augenblick, um diese Arbeit zu Ende zu führen und dem verhaßten jüdischen Kleinbürgertum den Garaus zu machen.

Am schwersten wurden von dieser Politik gerade die jüdischen arbeitenden Klassen betroffen. Das Ergebnis des Kampfes für das »Wohl des werktätigen Volkes« war, daß nach



der teilweisen Lahmlegung der jüdischen Industrietätigkeit die jüdische Arbeiterklasse, die einmal unter der Führung des »Bundes« eine so bedeutende Rolle im russischen Freiheitskampf gespielt hat, stark zurückgegangen war. Nur wenigen jüdischen Arbeitern, und zwar nur in den Großstädten, ist es gelungen, in den großen Staatsunternehmungen unterzukommen. Ein Teil der jüdischen Arbeiter hat sich in »selbständige Heimarbeiter« (quartirniki) verwandelt. Diese arbeiten für einen dürftigen Lohn auf Bestellung kleiner Verleger. Einem großen Teil der gewesenen jüdischen Arbeiter blieb nichts anderes übrig, als zufällige Verdienstmöglichkeiten auf dem Marktplatz zu suchen.

Eine besonders verhängnisvolle Bedeutung hatte für die Zukunft der jüdischen Bevölkerung die Vernichtung des Lehrlingswesens. Vor dem Kriege strebte die jüdische Jugend, die aus dem Kleinbürgertum stammte, sich nicht mit dem Kleinhandel, sondern mit qualifizierter Handarbeit zu befassen. Eigentlich sollten es die Handwerkslehrlinge im kommunistischen Staate viel besser als in den bürgerlichen Staaten haben. Es fand sich aber kein Meister, der Lehrlinge halten wollte. Diese Stimmung der Handwerker versetzte die jüdische Jugend in eine tragische Lage. Viele wenden sich an den überfüllten Marktplatz. Die meisten laufen in den Straßen herum und wissen nicht, was sie anfangen sollen. »Die Jugend geht ohne jegliche Beschäftigung herum« (die jugnt geit arum pust un pas), — das ist der traurige Refrain aller Korrespondenzen in der jüdischen kommunistischen Presse.

Die Massen der jüdischen Bevölkerung waren nicht nur wirtschaftlich ruiniert, sie wurden auch rechtlich in einen Zustand zurückgeworfen, der nicht besser als vor dem Kriege war, denn ungefähr zwei Drittel davon besaßen kein Wahlrecht. Welche Folgen das hat, haben wir bereits oben dargelegt. Die Juden konnten sich nur damit trösten, daß sie jetzt nicht ihrer religiösen, sondern ihrer *s o z i a l e n* Zugehörigkeit wegen entrechtet waren. Dieser Trost war aber nur ein platonischer, denn in den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen und bei den ständischen Tendenzen des Sovetstaates ist der Uebergang aus einem Stande in einen anderen keine leichte Aufgabe.

Die Lage wäre ganz hoffnungslos geworden, wenn die Politik der Verfolgung der Privatwirtschaft längere Zeit angehalten hätte. Das war aber damals nicht der Fall. Die Hemmungen, die die »kommunistische Reaktion« der fortschrittlichen Entwicklung der

Volkswirtschaft in den Weg legte, erregten bei den breiten Massen der Bevölkerung, besonders den Bauern, mit deren Stimmungen die kommunistische Regierung doch zu rechnen hat, starken Unwillen. Ein sehr bedeutender Teil der Bauern, besonders im nördlichen Rußland, der seine gewerblichen Nebenverdienste wieder herzustellen suchte, stieß dabei auf allerlei Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Heimindustrie und des Handwerks. Das verschärfte den Zustand der Uebervölkerung auf dem platten Lande. Eine starke Wanderung nach den Städten setzte ein, die von den Arbeitslosen überfüllt wurden.

Dabei entsprach diese Politik der Verfolgung der privaten Industrie auch den Interessen der nationalisierten Industrie nicht mehr. Dem Staate fehlte es an Kapital und darum konnte er es nicht einmal versuchen, den privaten Kleinbetrieb in vielen Industriezweigen zu ersetzen. Nachdem die Landwirtschaft sich etwas erholt hatte, wuchs die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen in so schnellem Tempo, daß die nationalisierte Industrie sie überhaupt nicht zu befriedigen vermochte. Besonders auf dem platten Lande klagte man über **W a r e n h u n g e r**. Darum war unter gegebenen Verhältnissen die Verfolgung der privaten Industrietätigkeit auch vom Standpunkte der nationalisierten Großindustrie aus nur teilweise gerechtfertigt.

Die Verfolgung des privaten Handels bereitete der Bauernschaft große Schwierigkeiten beim Verkauf ihrer Erzeugnisse und hemmte die Einbeziehung ihrer Wirtschaft in den Verkehr. Außerdem konnte auch die in ziemlich schnellem Tempo wieder aufgebaute Staatsindustrie die Hilfe des privaten Handels noch nicht entbehren. Die Genossenschaften forderten wegen ihres langsamen Warenumsatzes zu große Kredite, welche die Staatsindustrie, der es an Betriebskapital fehlte, ihnen nicht zu bewilligen vermochte. Der private Handel dagegen, der seine Umsätze viel schneller als die Genossenschaften macht, versteht es, mit viel bescheideneren Krediten auszukommen.

Zu einer grundsätzlichen Aenderung der in bezug auf die private Wirtschaftstätigkeit befolgten Politik der Regierung konnte es doch nicht kommen, denn die Furcht der Sovetregierung vor der möglichen Entwicklung eines neuen inländischen Kapitalismus war zu groß; doch aus politischen Rücksichten suchte sie damals, sich mit dem Kleinbürgertum zu ver-



söhnen. Und so erfuhr im Frühling 1925 die Politik der »kommunistischen Reaktion« eine Abschwächung. Man sprach sogar von einem Neo-Nepe, der vom Frühling 1925 bis Herbst 1926, also 1½ Jahre dauerte.

Durch das Dekret vom 15. April 1925 wurden bedeutende Steuervergünstigungen anfänglich nur den »Dorfkustari«<sup>16)</sup> gewährt, die laut dem Dekret vom 13. Mai 1925 auch auf die städtischen »Kustari« ausgedehnt wurden. Die großen Steuerrückstände der Handwerker wurden annulliert.

Was die Handelsklasse anbelangt, so wurde nur die Steuergesetzgebung in bezug auf den Kleinhandel gemildert. Der Handel auf den Jahrmärkten in den Dörfern wurde steuerfrei, und die Steuerlasten der Straßenhändler wurden bedeutend erleichtert. Was die anderen Handelsgruppen betrifft, so haben sie keine gesetzlichen Erleichterungen erhalten; die Finanzinspektoren erhielten aber die Weisung, bei der Steuerveranlagung nicht so willkürlich, wie früher, vorzugehen.

Auch in politischer Hinsicht tat die Sovetregierung gewisse Schritte, um sich mit dem Kleinbürgertum auszusöhnen. Nach der Wahlinstruktion des Herbstes 1925 haben Handwerker, die einen Hilfsarbeiter und zwei Lehrlinge beschäftigen, und die Straßenhändler Wahlrecht erhalten.

Diese recht bescheidenen Vergünstigungen, die hauptsächlich das Kleingewerbe und den Kleinhandel betrafen, erhielten deshalb eine besonders große Bedeutung für die Privatwirtschaft, weil am Anfang des Jahres 1924 zwei wichtige Reformen, die die Entwicklung der Verkehrswirtschaft stark förderten, durchgeführt wurden. Diese Reformen waren — die endgültige Ersetzung der naturalen landwirtschaftlichen Steuer durch eine Geldsteuer und die Stabilisierung der Währung. Schon unter dem Druck der kommunistischen Reaktion beginnt die private Wirtschaft diese Möglichkeiten auszunutzen und erst recht nach den Erleichterungen vom Frühling 1925.

Die Untersuchung der Kommission, die auf Veranlassung des damaligen Leiters des höchsten Wirtschaftsrats Dzeržinskij im Februar 1926 eingesetzt wurde, um die Rolle des Privatkapitals in der Volkswirtschaft der Union zu studieren, und deren

<sup>16)</sup> Der Ausdruck »Kustar'« bedeutete ursprünglich Bauern, die im Nebenerwerb sich mit Heimindustrie beschäftigten. Später wurde er auf alle mit Heimindustrie Beschäftigten ausgedehnt. In Sovet-Rußland versteht man unter diesem Wort auch die Handwerker.

Ergebnisse im Jahre 1927 im Druck erschienen sind <sup>17)</sup>, zeigte, daß die private Wirtschaft die bescheidenen Erleichterungen, die sie im Jahre 1925 erhalten hat, gut auszunutzen verstanden hat. Der private Handel war beim Aufkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besonders bei der Verteilung derselben unter die Bauern verschiedener Gebiete, stark beschäftigt. Auch der Versuch der Syndikate, das private Kapital aus dem Handel mit den Erzeugnissen der verstaatlichten Industrie auszuschalten, war nur teilweise von Erfolg gekrönt. Zwar verkauften die Syndikate keine 10 % ihrer Waren direkt an private Händler, doch den letzten privaten Verbrauchern wurde beinahe die Hälfte (46%) aller Industriewaren durch den privaten Handel zugeführt. Es hat sich erwiesen, daß die Industrierzeugnisse, die die zahlreichen Zwischenstellen des Staatshandels und der Genossenschaften passieren, sich in immer größeren Massen schliesslich in die Kanäle des Privathandels ergiessen.

Was die Industrie anbelangt, so sind ihre wichtigsten Zweige durch den Staat monopolisiert worden, aber gewisse weniger wichtige Produktionszweige wurden durch die private Industrie beherrscht. So war der städtische Kleidermarkt zu 85 % durch sie bedient. Die private Kleinindustrie versorgte den Markt mit 75 % Schuhwerk. In der privaten Industrie wurde ein Viertel des im Lande gewonnenen Leders und ein Viertel des groben Tabaks (machorka) verarbeitet. Eine sehr eigentümliche Entwicklung hat die Pflanzenölindustrie genommen. Vor dem Kriege wurde die Kleinindustrie durch die Konkurrenz der Großindustrie aus diesem Gebiete verdrängt. Schon im Kriege und auch in der Revolution wurde die Kultur der Oelsamen bedeutend erweitert; dies kam aber hauptsächlich der Kleinindustrie zugute, die im Jahre 1925/26 60 % der Oelsamen verarbeitete <sup>18)</sup>. Die private Leder-, Tabak- und Oelindustrie konkurrierte erfolgreich mit den nationalisierten Industrien um die Rohstoffe; trotz ihrer primitiven Technik verstand es die Kleinindustrie, bessere Preise dem Bauern für die Rohstoffe zu zahlen, als die nationalisierte Großindustrie, die aus diesem Grunde nicht selten an Rohstoff Mangel litt.

<sup>17)</sup> Das ist die oben zitierte Schrift: »Das Privatkapital in der Volkswirtschaft der U. d. S. S. R.« (Častnyj Kapital v narodnom chozjajstve SSSR.) 1927, V + 566 S.

<sup>18)</sup> Ebenda S. 558, 366, 365, 460, 435.

Die Entwicklung der Heimindustrie ist auch dem privaten Handel zugute gekommen, denn der Verkauf ihrer Erzeugnisse liegt fast gänzlich in seinen Händen.

Das Ergebnis der Bedrückung der Privatwirtschaft war aber, daß sie ihre höheren Formen, eine Großindustrie, eine bedeutende Kreditorganisation usw., nicht zu entwickeln vermochte.

Diesmal haben die der Privatwirtschaft gewährten Vergünstigungen nicht nur den wenigen Juden im Inneren Rußlands, in den Hauptstädten, genützt, sondern sind in gewissem Maße auch den Massen der jüdischen Bevölkerung im ehemaligen Ansiedlungsrayon zugute gekommen. Dies stand in Zusammenhang mit einer gewissen neuen Stimmung, die in der »Jevsekija« entstanden war. Nachdem sie im Jahre 1924 den vollen Sieg über das jüdische Kleinbürgertum davongetragen hat, konnte auch sie sich endgültig überzeugen, daß damit noch kläglich wenig erreicht ist; der Sozialismus versäumte noch immer, seinen Einzug in die jüdischen Städte zu halten. Die Opposition gegen die Verfolgung des Kleinbürgertums hat jetzt unter dem Einfluß des Stimmungswechsels in der allgemeinen Partei die Oberhand gewonnen. Das Schlagwort der Kommunistischen Partei »mit dem Gesichte zum Dorf« wurde in das Schlagwort »mit dem Gesicht zur Kleinstadt« umgedeutet; die wirtschaftszerstörende Wirksamkeit der »Jevsekija« wurde jetzt teilweise eingestellt und gewissermaßen sogar in eine wirtschaftsfördernde umgelenkt.

Die neue Gesetzgebung war von positiver Bedeutung hauptsächlich für die Wiederherstellung des jüdischen Handwerks, dem auch durch die rege Nachfrage nach Industrieerzeugnissen gedient war. Viele Handwerker, die ihren Beruf aufzugeben gezwungen waren, kehrten zu ihm zurück; sie fingen an, wenn auch mit größter Vorsicht, Gehilfen und Lehrlinge zu beschäftigen. Die Handwerker zeigten dabei eine große Tatkraft im Ausbau ihrer beruflichen Organisationen. In kurzer Zeit wurden überall Kustar'gesellschaften, die die Rechte ihrer Mitglieder verteidigen und ihre professionellen Bedürfnisse befriedigen sollten, geschaffen. Bis zum Ende des Jahres 1926 erreichte die Zahl der Mitglieder dieser Gesellschaften schon 100 000. Im Leben vieler Kleinstädte, wo die jüdische Arbeiterklasse unbedeutend war, spielten die Handwerkergesellschaften die führende Rolle. Die Zahl der Darlehenskassen in den jüdischen Städten erreichte

am Ende des Jahres 1926 300, mit 85 000 Mitgliedern. Diese Kassen, in welche die Händler jetzt nicht als Mitglieder aufgenommen werden, verfügen nur über sehr bescheidene Spareinlagen und sind in viel größerem Maße als vor dem Kriege von den sie kreditierenden staatlichen Banken abhängig. Der Kredit ist auch jetzt um ein vielfaches teurer als vor dem Kriege.

Die rechtliche Lage der jüdischen Bevölkerung hat sich verbessert. Zur Wahlkampagne vom Herbst 1925 hat die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Wahlrecht erhalten.

Es ist aber selbstverständlich, daß die großen Zerstörungen, die die kommunistische Politik verursacht hat, nur allmählich und unter dem bestehenden System nur in sehr bescheidenem Maße wieder gutgemacht werden konnten. Der Neo-Nep dauerte aber nur  $1\frac{1}{2}$  Jahre. Schon im Herbst 1926 kam unter dem Druck der in der Partei entstandenen »rechtgläubigen« Opposition<sup>19)</sup> ein neuer Umschwung in der Politik der Sovetregierung.

Die tiefe Ursache dieses Umschwungs ist die wichtige Tatsache, daß im Wirtschaftsjahre 1925/26 das große Erbe des enteigneten Bürgertums endgültig verbraucht wurde. Um die Staatsindustrie weiter zu entwickeln, worauf die Regierung den größten Wert legt, muß jetzt nicht nur ein neues Umsatz-, sondern auch ein neues Grundkapital beschaffen werden. Die Regierung versucht nun, die dazu nötigen großen Mittel durch einen verstärkten Druck auf die etwas erholte bäuerliche Landwirtschaft zu erpressen. Sollen aber die betreffenden Pläne durchgesetzt werden, so muß der private Handel und die private Industrie, insoweit sie angemessenere Preise den Bauern für seine Erzeugnisse zahlen, beseitigt werden. Anders kann diese »Plawirtschaft« nicht folgerichtig durchgeführt werden.

Die zweite »Kommunistische Reaktion«, deren Anfänge im Herbst 1926 zu spüren waren, verschärfte sich immer weiter und weiter, und im Winter des laufenden Jahres griff die Regierung zu solchen Zwangsmitteln, daß die Frage aufgeworfen werden mußte, ob das System der neuen Wirtschaftspolitik überhaupt noch bestehe.

Bereits im Herbst 1926 wurden dem privaten Getreide-

<sup>19)</sup> Es ist kennzeichnend, daß die wichtigsten Führer der Opposition in der Kommunistischen Partei gerade Männer jüdischer Abstammung waren: so Trockij (Bronstein), Sinow'ev (Radomysl'skij), Kamenev (Rosenfeld), Radek (Sobelsohn). Das legt von dem äußersten revolutionären Doktrinarismus der jüdischen Kommunisten ein beredetes Zeugnis ab.

handel allerlei Schwierigkeiten gemacht, und endlich wurde er durch Transportverbote beinahe ausgeschaltet. Auf diesem Wege ist es der Regierung gelungen, im Jahre 1926 die Getreidepreise bis auf ihr Vorkriegsniveau herabzudrücken. Dadurch wurde ein für die Bauern höchst ungünstiges Verhältnis zwischen den Getreidepreisen und den hohen Preisen der Industrierzeugnisse geschaffen. Dann schritt die Regierung, durch ausdrückliche Verbote, mit den Aufkaufsorganisationen der Trusts zu konkurrieren, zur Ausschaltung des privaten Handels auch auf dem Markte anderer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Oelsamen, Häute, Tabak u. a. m.

In Verbindung damit stehen auch neue Verfolgungen, denen die Privatindustrie ausgesetzt wird. Da die privaten Pächter der ehemals nationalisierten Mühlen den Bauern höhere Preise für Getreide als die Regierung zahlten, so wurden schon im Herbst 1926 die meisten Pachtverträge auf Mühlen außer Kraft gesetzt. Im Jahre 1927/28 ging man zur Schließung der privaten Gerbereien, Oelmühlen, Tabakfabriken und vieler anderer Industrieunternehmungen über.

Vom Sommer des Jahres 1927 an stellte die Regierung dem privaten Handel die Forderung, er soll zu festgesetzten Höchstpreisen die staatlichen Industriewaren verkaufen. Bei den gegebenen Bedingungen, wo der private Handel mit viel größeren Steuern als die Genossenschaften belastet ist (gerade im Herbst 1927 wurde die Einkommensteuer wieder erhöht), und er die Waren von den Syndikaten zu viel schwereren Bedingungen erhält, kann er nur insoweit bestehen, als er die Möglichkeit hat, mit den Preisen frei zu manövrieren. Er konkurriert mit den Genossenschaften hauptsächlich dadurch, daß er es versteht, sich auf die Bedürfnisse der Käufer besser einzustellen. In den meisten Fällen ist er aber gezwungen, seine Waren teurer als die Genossenschaften zu verkaufen. Der Verkauf der Waren der Staatsindustrie zu freien Preisen wird aber jetzt strafrechtlich verfolgt, und so wird der private Händler gezwungen, sein Geschäft aufzugeben. Im Jahre 1927/28 schritt die Regierung schon wieder zu massenhaften Konfiskationen und zur systematischen Zerstörung des privaten Handels.

Auch in politischer Hinsicht kam es wieder zu einem Umschwung in dem Verhältnis der Sovetregierung dem Kleinbürgertum gegenüber. Die kommunistische Regierung war mit den Er-

gebnissen der Wahlen in die Sovets, die im Herbst 1925 vorgekommen waren, unzufrieden. Es hatte sich gezeigt, daß die Wählermassen dem Druck der kommunistischen Regierung nicht so leicht, wie es früher der Fall war, nachgaben. Laut der Instruktion zu den Herbstwahlen des Jahres 1926 gingen daher nicht nur alle Händler, sondern auch diejenigen, die im Laufe der letzten fünf Jahre sich einmal mit Handel befaßt haben, ihres Wahlrechts verlustig. Unter den »Kustari« haben ihr Wahlrecht nur diejenigen behalten können, die keine Gehilfen beschäftigten.

Im Winter 1928 machte die Regierung einen weiteren entscheidenden Schritt in ihrer Rückkehr zu den Methoden der Zwangswirtschaft: unter der Anschuldigung der Spekulation wurden bei den wohlhabenden Bauern hunderte Millionen Pud landwirtschaftlicher Erzeugnisse enteignet, und dabei wurde beinahe der ganze Marktverkehr mit Getreide eingestellt.

Für die jüdische Bevölkerung war diese zweite kommunistische Reaktion von verhängnisvoller Bedeutung. Ihre Handelstätigkeit wurde wieder allmählich lahmgelegt. Schon im Oktober 1927 hat sich die Zahl der für Privatunternehmungen eingeholter Patente in der Ukraine um 31,7% vermindert; wegen maßloser Steuererpressungen gaben viele Händler ihre Patente später noch zurück<sup>20)</sup>. Sogar die Lage der kleinsten Straßenhändler ist jetzt gefährdet, denn die Genossenschaften streben auch den Markthandel zu beherrschen.

Von besonders schädlichen Folgen ist für die jüdische Bevölkerung die Zerstörung der privaten Industrie. In Weißrußland wurden im laufenden Jahre 611 Gerbereien von den Behörden geschlossen, die 200 000 Großviehfelle und 350 000 Kleinviehfelle verarbeiteten. Die meisten Arbeiter wurden dabei brotlos.

Die Lage des jüdischen Handwerks ist nicht viel besser als die der privaten Industrie. Die Wahlinstruktion vom Herbst 1926 hatte zur Folge, daß die Handwerker es vermeiden müssen, jegliche Hilfskräfte zu benutzen. Die Monopolisierung des Rohstoffeinkaufs durch die Staatshandelsorganisationen schafft für die meisten Heimarbeiter und Handwerker unüberwindliche Schwierigkeiten, sich mit Rohstoff zu versorgen. Die staatlichen Syndikate wollen nur die in den Produktionsgenossenschaften vereinigten Handwerker mit Rohstoff versorgen, und auch das tun sie nur in Großstädten und in ungenügendem Maße. Der weit größte

<sup>20)</sup> Die Char'kover jüdische Zeitung »Der Stern« vom 28. Februar 1928.  
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 61. 2.



Teil der Handwerker und Heimarbeiter bleibt dabei sogar in den Großstädten ohne Rohstoffe. Was aber die Handwerker und die Heimarbeiter in den Kleinstädten anbetrifft, so kann ihnen auch durch ihre Eingliederung in Produktivgenossenschaften nicht geholfen werden, denn die staatlichen Syndikate wollen mit den Kleinstädten überhaupt nichts zu tun haben; dazu ist ihre Organisation nicht elastisch genug.

»Wenn wir gegenwärtig nach einer Kleinstadt kommen«, lesen wir in der Zeitung ‚Der Emes‘ vom 3. Juli 1928 <sup>21)</sup>, »und die wirtschaftliche Lage der ‚Kustari‘ ausforschen, so sehen wir leider nur Elend und Not. Nehmen wir die bekannten Schuster von Ivankov, die Gerber von Špola, die Weber von Boguslav, die Peitschenmacher von Pogrobišče und noch tausende Produzenten in Dutzenden jüdischen Kleinstädten, — was tun sie jetzt in ihrer Mehrheit? Sie tun gar nichts, sie gehen müßig herum. Warum? Weil sie keine Rohstoffe haben.« Bei einer Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der jüdischen Bevölkerung in den Kreisen Wolynien und Tul'čin meldeten die Leiter der Kustargesellschaften, daß 80% ihrer Mitglieder wegen Mangel an Rohstoff keine Arbeit haben <sup>22)</sup>. Das sind die Folgen der Monopolisierung des Rohstoffeinkaufes durch die Staatshandelsorganisationen.

Der Feldzug gegen das Bauerntum, den die Sovetregierung im Winter des vorigen Jahres unternahm, erstreckte sich auch auf die jüdischen Kleinstädte. Auch ihre Bevölkerung wurde zu der sog. »freiwilligen Selbstbesteuerung« herangezogen; sie mußten 70% der Einkommensteuer, die in diesem Jahr ohnehin sehr hoch bemessen war, ergänzend einzahlen. Im Dorf wird diese Ergänzungssteuer den wohlhabenden Bauern auferlegt, die immerhin vorhanden sind; in den Kleinstädten wird sie der »Bourgeoisie« auferlegt, die tatsächlich schon lange ruiniert ist.

Zum Unterschied vom Jahre 1924 hält es diesmal auch die »Jevsekija« nicht für möglich, wie sie es damals tat, die kritische Lage der jüdischen Bevölkerung zu verleugnen. Auf der Plenarsitzung der »Jevsekija«, die im Februar des vorigen Jahres stattgefunden hat, wurde die folgende Resolution angenommen: »Die Plenarsitzung hat festgestellt, daß die Lage der jüdischen

<sup>21)</sup> Artikel des Vorsitzenden der Handwerkerkreditgenossenschaft in Kiew, W. Artenberg.

<sup>22)</sup> Artikel von Sudarskij in der russischen Zeitschrift: »Tribuna jevrejskoj sovetskoj obščestvennosti« vom April 1928.

Armut in der Kleinstadt in den letzten Monaten sich verschlechtert hat. Der Zurückdrängungsprozeß des kleinen Händlers und Vermittlers durch die Genossenschaften und den Staatshandel hat sich verstärkt. Die Arbeitslosigkeit bei den ‚Kustari‘ und Handwerkern ist gewachsen . . . Die gegenwärtige Krise der kleinstädtischen Wirtschaft ist eine tiefe und ernste. « Für eine Partei, deren Hauptziel das Anpreisen der »Errungenschaften der Revolution« ist, ist es nicht leicht, sogar eine solche Resolution anzunehmen.

Aber wir finden in der kommunistischen Presse auch viel drastischere Charakteristiken der gegenwärtigen Lage seitens der Parteilosen. Auf einer im Januar des vorigen Jahres in Minsk stattgefundenen Tagung der jüdischen Bauern in Weißrußland hat sich Agronom Frucht über die Lage in den Kleinstädten folgenderweise ausgedrückt <sup>23)</sup>: »Die Bevölkerung der Kleinstädte stirbt dreimal am Tage vor Hunger. Die einzige Kost in den Kleinstädten besteht aus Kartoffeln.« Ein noch vor der Revolution bekannter jüdischer Schriftsteller schreibt folgendes <sup>24)</sup>: »Die Kleinstadt stirbt ab, die Kleinstadt ist ruiniert, in der Kleinstadt herrscht Unheil.«

Das sind die wirtschaftlichen Ergebnisse der zehnjährigen kommunistischen Diktatur für die jüdischen Massen, soweit sie vor dem Kriege aus Groß- oder Kleinbürgern, aus Händlern oder werktätigen Elementen bestanden und in ihren alten Heimstätten im ehemaligen Ansiedlungsgebiet verblieben sind.

#### IV. Die neuen Erscheinungen im Wirtschaftsleben der Juden nach der Revolution.

Wir betrachteten bisher das Los des russischen Judentums als eng mit demjenigen der städtischen privaten Wirtschaft verbunden. Es fragt sich, ob dieses Bild nicht einseitig sei? Die Revolution hat doch auch neue Möglichkeiten für die jüdische Bevölkerung eröffnet. Von kommunistischer Seite wird immer sehr viel von den »Errungenschaften der Revolution« gesprochen. Wir müssen daher jetzt diese Errungenschaften betrachten und ihre Bedeutung ermessen.

<sup>23)</sup> »Der Emes«, vom 26. Januar 1928.

<sup>24)</sup> B. Sluckij, Mehr Aufmerksamkeit der Kleinstadt. »Der Emes« vom 4. Mai 1928.

Ueber das Erscheinen eines zahlreichen jüdischen Beamtentums möchten gerade die jüdischen Kommunisten sich nicht auslassen. Die herrschende Schicht der Kommunisten und auch alle Leiter der »Jevsekcija« sind jetzt im sozialen Sinne Beamte des Sovetstaates und keineswegs Arbeiter oder Bauern. Die Arbeiter machen zwar jetzt die Hälfte der Parteimitglieder aus, sind aber wenig einflußreich. Die Sovetregierung sollte aber die unmittelbare Herrschaft des Proletariats verkörpern, und darum wird die Rolle der Beamten in der Partei verschwiegen. Und besonders die »Jevsekcija« verschweigt das Bestehen eines zahlreichen jüdischen Beamtentums, da sie die Bedeutung der ihrer Zahl nach in der Revolution stark zurückgegangenen jüdischen Arbeiterklasse hervorheben möchte.

Das zahlreiche Erscheinen des jüdischen Beamtentums macht sich sogleich nach dem Oktoberumsturz bemerkbar. Ein bedeutender Teil des alten Beamtentums wollte der kommunistischen Regierung nicht dienen, er erhoffte ihren baldigen Sturz; die Intelligenz war für sie wenig zuverlässig. Die neue Regierung mußte sich ihr Beamtentum aus den Vertretern der früher unterdrückten Klassen schaffen. Gerade die zahlreiche radikale jüdische Halbintelligenz und auch die jüdischen Arbeiter waren wegen ihrer geistigen Regsamkeit und ihres inneren Gegensatzes zur antisemitisch gefärbten Konterrevolution willkommen. Die neue Regierung benützte die meistens sehr jungen jüdischen Kommunisten, wie auch Letten und andere Fremdstämmige, für ihre verwegenen Unternehmungen. Die jungen jüdischen Kommissare, die gleich ihren Kameraden anderer Abstammung der Ausübung ihrer unbegrenzten Machtbefugnisse weder kulturell, noch moralisch gewachsen waren, haben zur Verbreitung von antisemitischen Stimmungen in weiten Schichten der Bevölkerung damals reichlich beigetragen.

Nach der Verkündung der neuen Wirtschaftspolitik kam es zu einem Umschwung in der Stimmung der früheren höheren Klassen. Sie haben sich zu ihrem tiefen Bedauern überzeugen müssen, daß die Herrschaft der Kommunistischen Partei kein schnell vorübergehendes Unglück sei, und ihnen daher nichts anderes übrigbliebe, als sich in die neuen Verhältnisse einzufinden. Der Dienst bei der Sovetregierung wurde jetzt nicht mehr grundsätzlich verschmäht. Dazu hat auch viel die Tatsache beigetragen, daß nach der Aufgabe der Politik des folgerichtigen Kommunis-

mus die Tätigkeit der Regierung einen normaleren, teilweise sogar aufbauenden Charakter angenommen hat. Auch die Sovetregierung mußte sich überzeugen, daß eine aufbauende Arbeit ohne Mitwirkung der gebildeten Klassen unmöglich ist <sup>25)</sup>.

Die zahlreichen jüdischen Elemente der Bourgeoisie und der freien Berufe, denen eine Beamtenlaufbahn im kaiserlichen Rußland verwehrt war, waren jetzt, nachdem ihr Eigentum expropriert und ihre früheren Existenzmöglichkeiten verschwunden waren, auch gezwungen, eine Anstellung bei der kommunistischen Regierung zu suchen. Der Marktverkehr wurde gerade wiederhergestellt, die nationalisierten Unternehmungen sollten jetzt auf Grundlagen der Rentabilität in Ordnung gebracht und staatliche Handelsorganisationen geschaffen werden. Die jüdischen Beamten, die früher im Wirtschaftsleben tätig waren, waren für diese Arbeit am meisten berufen.

Die Tatkraft der jüdischen Beamten in wirtschaftlichen Angelegenheiten hat nicht wenig dazu beigetragen, daß trotz den grundsätzlichen tiefen Mängeln des Systems die Volkswirtschaft der Union sich doch bedeutend erholt hat. Vom Standpunkt ihrer Gleichberechtigung mögen die Juden das Bestehen eines großen jüdischen Beamtentums als eine revolutionäre Errungenschaft betrachten, vom wirtschaftlichen Standpunkt ist das keineswegs zu sagen. Die große Masse der Beamten des Sovetstaates werden nur armselig und auch die höheren Beamten noch sehr bescheiden belohnt <sup>26)</sup>. Insofern das zahlreiche wohlhabende jüdische Bürgertum und die Vertreter der freien Berufe ihre hohen Einkommen eingebüßt haben, haben sie wirtschaftlich nicht gewonnen, sondern viel verloren. Das Schlimmste aber ist, daß sie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit eingebüßt haben, — sie sind ganz und gar in ihrem Leben und Sterben vom einzigen Brotgeber, von dem durch die Kommunisten beherrschten Staat, abhängig. Man muß sich in diese Lage hineindenken, um die tiefe Tragödie nicht allein des jüdischen Beamtentums, sondern der ganzen russischen gebildeten Klasse sich klar vorzustellen.

<sup>25)</sup> Als erster suchte Leo Trockij die Mitarbeit der kaiserlichen Generäle und des alten Offizierskorps zu sichern. Dies ist ihm auch gelungen. An Militärs und angesehenen Generälen, die ihren Degen für die Bol'seviken einsetzten, hat es nicht gefehlt und das hat nicht wenig zum Siege der roten Armee beigetragen.

<sup>26)</sup> Die Angestellten bei den ausländischen Handelsvertretungen, werden ausnahmsweise aus Propagandazwecken hoch bezahlt; darum wäre es vollkommen falsch, nach der Lage derselben die allgemeine Lage der Sovetbeamten zu beurteilen.

Die zweite Errungenschaft der Juden, von der die »Jevsekija« gerade sehr viel spricht, sei ihre zunehmende Industrialisierung, d. h. ihr Uebergang in die Reihen der staatlichen Industriearbeiter. Die Arbeiter der nationalisierten Industrie vermag man in gewisser Hinsicht in der Tat als Gewinner in der russischen Revolution zu betrachten. Sie werden jetzt bei dem allgemeinen Rückgang der Volkswirtschaft, bei bedeutender Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage aller Klassen, und speziell der Bauern, nicht schlechter als vor dem Kriege bezahlt, und sie arbeiten dabei weniger als vor dem Kriege. Sie genießen allerlei Vorrechte, die die anderen Klassen nicht genießen. Darum wäre der Uebergang der Juden in die Reihe der Arbeiter der nationalisierten Industrie in den gegebenen Verhältnissen zweifelsohne ein sozialer Fortschritt für sie.

Das erstrebt die »Jevsekija«, die sich auf diesem Wege eine ihr fehlende soziale Grundlage schaffen möchte. Gewisse Umstände sind für diese Entwicklung günstig. Vor der Revolution war das Eindringen der Juden als Arbeiter in die Großindustrie dadurch bedeutend behindert, daß sie Sonnabend feiern wollten. Die junge jüdische Generation, die in den Stürmen der Revolution aufgewachsen ist, legt keinen großen Wert auf das Einhalten der Sabbatruhe.

Insofern die Regierung in den Großstädten größere Unternehmungen in solchen Branchen gründete, in denen die Juden schon gewöhnlich beschäftigt waren, wie z. B. Kleider-, Schuh-, Leder-, Tabakindustrie, sind viele Juden in ihnen als Arbeiter tätig. In neuen Branchen aber, wie in Zuckerfabriken, in Hütten, ist es nur wenigen Juden gelungen, Arbeit zu finden; dabei sind sie hier hauptsächlich als Schwerarbeiter und nicht als qualifizierte Arbeiter angestellt.

Es bestehen auch keine Aussichten auf ein bedeutendes Anwachsen der Zahl der jüdischen Industriearbeiter. Nachdem das alte Grundkapital ausgenutzt wurde, wächst die Zahl der Industriearbeiter in Rußland in einem ziemlich langsamen Tempo, z. B. im Jahre 1926/27 hat sie sich nur um 110 000 vergrößert. Die russischen Städte sind jetzt durch eine Armee von über 2 Millionen Arbeitslosen überfüllt, also ist die Konkurrenz bei der Annahme in die Reihen der bevorrechteten Klasse der Industriearbeiter äußerst verschärft. Infolge der Zerstörung des Lehrlingswesens gibt es jetzt unter den Juden nur wenig jugendliche

qualifizierte Arbeitskräfte. Die jüdische Jugend ist überwiegend bürgerlicher Abstammung und ist dabei auch körperlich schwächer als die Dorfjugend, die jetzt in dichten Scharen die Fabrikttore umlagert, und darum sind ihre Chancen, in der Industrie angestellt zu werden, sehr klein.

Indem die Revolution die jüdische Kleinindustrie immer wieder zerstörte und der Entwicklung des Handwerks große Hemmungen in den Weg stellte, hat sie die Zahl der jüdischen Arbeiter nicht vergrößert, sondern verkleinert. Jetzt aber ist ein größerer Teil der jüdischen Arbeiter in großen Unternehmungen beschäftigt, als es vor dem Kriege der Fall war.

Die Zahl der Arbeitslosen unter den Juden (Mitgliedern der Gewerkschaften) ist sehr hoch. Am 1. März 1927 machten die Juden in der Ukraine 12,1% der Mitglieder der Gewerkschaften und 23,3% der Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder aus<sup>27)</sup>. Das beweist, daß auch die Lage der jüdischen proletarischen »Aristokratie« keineswegs als stabil zu bezeichnen ist.

Jetzt kommen wir auf die jüdische Kolonisation zu sprechen, die die Sovetregierung als den Weg zu Israels Erlösung hinstellen möchte. Die Idee ist nicht neu. Dabei stützt sich die Regierung jetzt auf eine spontane Bewegung zur Landarbeit, die unter den Juden entstanden ist.

Der Zerfall der russischen Volkswirtschaft unter dem sog. »Kriegskommunismus« hat die allgemeine Reagrarisierung des Landes zur Folge gehabt. Millionen sind aus den verhungerten Städten aufs Land geflohen. Zwar konnten die Juden an dieser Flucht nicht teilnehmen, aber auch sie versuchten nach Möglichkeit, aus dem eigenen Garten und aus dem eigenen Acker sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Es ist nur wenigen jüdischen Familien gelungen, sich bei der Agrarrevolution mit genügenden Bodenanteilen zu versorgen. Als aber am Ende des Jahres 1922 das Land sich etwas beruhigt hat und die Hungersnot im Süden überwunden war, versuchten gewisse tatkräftige Elemente der jüdischen Bevölkerung, sich in den Steppen auf dem Lande niederzulassen. Dort lagen nach dem Bürgerkrieg und nach der Agrarrevolution ungefähr 1½ Millionen Dess. fruchtbaren Bodens brach. Laut der Agrargesetzgebung der Revolution hat jeder werktätige Bürger das Recht, einen Landanteil zur Arbeitsnutzung aus den

<sup>27)</sup> Kiper, Zehn Jahr Oktober (jiddisch), Kiev 1927, S. 48.



Reserven zu beanspruchen. Und so vermochten auch die auswandernden Juden in den Steppen Land zu erhalten.

In den Jahren 1922—1924 sind aus eigener Initiative über 2000 Familien aus den Kleinstädten der nördlichen Ukraine und Weißrußlands nach den Steppen übersiedelt und haben die Errichtung eigener Wirtschaften in Angriff genommen. Das Gerücht, daß in den Steppen freier Boden zu bekommen ist, hat sich weit verbreitet. Obgleich die Einrichtung einer Wirtschaft in den Steppen für die Juden mit großen Schwierigkeiten und bedeutenden Unkosten verbunden war, erwiesen sich viele bei der verzweifelten Lage in den Kleinstädten bereit, auf eine solche gewagte Unternehmung einzugehen. Die Regierung mußte zu dieser Bewegung Stellung nehmen.

Sie hat sie gutgeheißen. Im August 1924 wurde eine Kommission zur Landeinordnung der werktätigen Juden (Komzet) errichtet. Im Januar des folgenden Jahres wurde eine »Gesellschaft« zum selben Zweck (Ozet), die selbstverständlich, wie alle »Gesellschaften« im gegenwärtigen Rußland von Kommunisten geleitet wird, gegründet. »Komzet« erklärte, daß sie beabsichtige, in den nächsten 10 Jahren 100 000 jüdische Familien auf dem Lande anzusiedeln. Die Regierung sollte das Land für die jüdische Kolonisation zur Verfügung stellen, die Juden sollten Vergünstigungen und bescheidene Kredite genießen. Ausnahmsweise wurde in diesem Falle auch den nicht Werktätigen die Erlaubnis gegeben, sich auf dem Lande anzusiedeln. Was aber die für die jüdische Kolonisation fehlenden großen Mittel anbelangt, so hoffte man, daß die ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen sie investieren werden.

Dieser Plan verfehlte nicht, den Beifall bei den jüdischen bürgerlichen Kreisen im Auslande, insbesondere in den Vereinigten Staaten, zu finden. Die Idee, die Juden als Ackerbauer selbsthaft zu machen, ist ein alter Traum der jüdischen Gesellschaft. Für diese Sache ist es immer möglich, bei Juden reichliche Spenden zu sammeln. Und so haben die jüdischen Hilfsorganisationen und besonders die amerikanische Organisation Joint Distribution Committee sich für die Kolonisationsarbeit in Rußland ausgesprochen.

In den ersten drei Jahren der systematischen Kolonisation (1925—27) wurde die Einrichtung von ungefähr 12 000 Familien

auf rund 200 000 Dessjatinen unternommen <sup>28)</sup>. In solch einem großen Umfange war die Kolonisation der Juden noch niemals durchgeführt worden. Drei geschlossene Mittelpunkte der jüdischen Siedlungen werden in den Steppen der Ukraine dicht bei den alten Kolonien, die im vorigen Jahrhundert entstanden sind, begründet. Ein anderer Mittelpunkt der jüdischen Siedlungen entsteht in dem nördlichen Teile der Krimhalbinsel. Viele kleine jüdischen Siedlungen sind zerstreut im Kreis von Odessa und in Weißrußland entstanden.

Was für Aussichten bietet dieses Unternehmen? Man vermag es keineswegs mit einem Hinweis auf das wenig geeignete Kolonisationsmaterial als zum Scheitern verurteilt anzusehen. Daß es leichter und billiger ist, Bauern, als eine Bevölkerung, die durch eine Reihe von Generationen mit dem Ackerbau sich nicht befaßte, anzusiedeln, darüber braucht man keine Worte zu verlieren. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß auch die schwierigere Aufgabe unlösbar sei. Der Versuch der kaiserlichen Regierung, in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Juden auf dem Lande anzusiedeln, hat zwar die übertriebenen Hoffnungen enttäuscht, erfolglos ist er aber nicht geblieben. Die Aussichten auf Erfolg der neuen Kolonisation sind aber besser als sie früher waren.

Das Ausschlaggebende ist die Mentalität der neuen Siedler, und diese ist für den Erfolg günstig. Man soll immer in Betracht ziehen, daß die Volksmassen und gerade die Juden eine Revolution erlebt haben, die bei ihnen ganz neue Stimmungen hervorgerufen hat. Die alten Formen des jüdischen Wirtschaftslebens sind durch die Revolution zerstört worden. Die Bevölkerung hat an ihren alten Berufen nichts zu verlieren. Das verhältnismäßig ruhige Leben eines Bauern ist jetzt im Vergleich mit dem höchst prekären Dasein eines Händlers oder sogar Handwerkers für den Juden sehr verlockend. Das bedeutet für ihn einen sozialen Aufstieg, denn ein Bauer hat als Bürger in der Sowjetrepublik eine feste rechtliche Position, die die anderen von der Privatwirtschaft lebenden nicht haben. Der Jude ist dem Ackerbau fremd, er besitzt aber organisatorische Fähigkeiten, die für den Ausbau einer fortschrittlichen Wirtschaft mit Erfolg ausgenutzt werden können.

Es wird jetzt nicht, wie es im vorigen Jahrhundert der Fall

<sup>28)</sup> Reichliches, etwas tendenziös gefärbtes Material über den Gang dieses Unternehmens ist in den zwei Sammelbänden »Der jüdische Ackerbauer« (Evrejskij krest'janin), Moskau, im Verlag der »Ozet« veröffentlicht.

war, die Schaffung von primitiven halbnaturalen bäuerlichen Wirtschaften angestrebt, in die es ausgesprochenen Städtern, wie es die Juden sind, schwer ist sich einzuleben. Die Kolonisation wird von einer amerikanischen Organisation geleitet, die es von Anfang an anstrebt, fortschrittliche Wirtschaften zu schaffen. Die Juden besitzen keine landwirtschaftliche Routine und sie fügen sich gerne den Anweisungen der Agronome.

Die Kolonisation steckt noch in ihren Anfängen und darum ist es unmöglich, ein abschließendes Urteil darüber zu fällen. Die einlaufenden Nachrichten stimmen aber darin überein, daß die Ansiedler eine große Ausdauer und Tatkraft an den Tag legen, und deshalb sind die Ergebnisse zunächst befriedigend.

Vom Standpunkt der russischen Volkswirtschaft kann dieses Unternehmen eine gewisse positive Bedeutung erlangen. Die russische Landwirtschaft ist infolge der Revolution stark zurückgegangen. Alle fortschrittlichen Wirtschaften wurden zerstört, und die Folgen dieser Zerstörung lassen sich fühlen; es fehlen erlesenes Saatgut, veredeltes Pflanzenmaterial, rassiges Vieh usw. Die Schaffung von neuen fortschrittlichen Wirtschaftstypen wäre für die russische Landwirtschaft wünschenswert. Schon jetzt hat Agro-Joint (die Kolonisationsabteilung des Joint Distribution Committee) viel zur Verbreitung der Benutzung von Schleppern, des Grabens artesischer Brunnen, zur Verbreitung neuer Futtergräser, erlesenen Saatguts usw. in den ukrainischen Steppen beigetragen.

Mögen wir die Aussichten der heutigen jüdischen Kolonisation in Rußland und ihre Bedeutung für die russische Landwirtschaft nicht ungünstig beurteilen, damit ist aber noch keineswegs die Frage beantwortet, ob die Kolonisation als Mittel zur Linderung der Not der jüdischen Massen betrachtet werden kann, und ob der Plan der Ansiedlung von 100 000 Familien in den nächsten 10 Jahren zu verwirklichen ist. Diese Fragen müssen gerade verneint werden. Obwohl die Ansiedler den Boden unentgeltlich erhalten, ist die Kolonisation von unbemittelten Elementen, die noch dazu niemals sich mit Landwirtschaft befaßt haben, eine zu verwickelte und zu kostspielige Unternehmung, als daß sie im großen Maßstab durchgeführt werden könnte. Gerade in den Steppen sind nur solche Wirtschaften lebensfähig, die reichlich mit lebendem und totem Inventar ausgestattet sind. Die Wirtschaften müssen auch vielseitig sein, denn bei den niedrigen Getreidepreisen, die die Regierung den Bauern zahlt, ist die

Getreidewirtschaft in Rußland nicht rentabel. In den ersten drei Jahren schritt man zur Einrichtung von ungefähr 12 000 Familien. Diese Wirtschaften sind noch lange nicht eingerichtet und stehen noch nicht auf eigenen Füßen. Aber auch dieses Maß der Unternehmung übertraf die vorhandenen Mittel der jüdischen Hilfsorganisationen, die auch viele andere Pflichten bei der heutigen äußerst ungünstigen Lage der jüdischen Bevölkerung in ganz Osteuropa haben. Schon aus diesen finanziellen Ursachen ist eher eine Verlangsamung des Tempos der Kolonisation als ihre Beschleunigung zu erwarten. Wenn wir in Betracht ziehen, daß die normale Vermehrungsquote der russischen Juden (die zwar gegenwärtig durch die ungünstige wirtschaftliche Lage stark herabgedrückt ist) 40 000 Seelen oder 8000 Familien ausmacht, so ist es klar, daß die Kolonisation nicht einmal die Hälfte des normalen Zuwachses der jüdischen Bevölkerung aufzunehmen vermag.

Auch der Landfonds, der von der Regierung der jüdischen Kolonisation zur Verfügung gestellt werden kann, ist begrenzt. Durch die Agrarrevolution ist die Agrarkrise in Rußland nicht gelöst worden. Die Frage der Uebervölkerung des platten Landes bleibt nach wie vor bestehen. Die Bauern drängen massenhaft zur Ueberwanderung, und das Land muß von der Regierung für sie bereitgestellt werden. Das Versprechen der kommunistischen Regierung, für 100 000 jüdische Familien Land bereitzustellen, verfolgte rein agitatorische Zwecke. Schon im Jahre 1926 sah sie sich gezwungen zu erklären, daß sie eigentlich im europäischen Rußland im besten Fall nur für 20 000 Familien Land bereitzustellen vermag. Darum wurde ein neues Projekt auf die Tagesordnung gestellt: die Juden erhalten eine autonome Republik in Biro-Bidžan am Fluß Amur. Es lohnt sich nicht, in eine genauere Betrachtung dieses Projektes einzugehen. Es ist ohne weiteres klar, daß dieser Plan, die Juden in großen Massen in einem vollkommen wilden Lande unter äußerst schwierigen natürlichen Bedingungen anzusiedeln, gar nicht ernst zu nehmen ist. Bei der gegenwärtigen schwierigen Lage werden unter den Juden auch solche nicht fehlen, welche nach Biro-Bidžan übersiedeln werden, und 600 jüdische Arbeiter haben sich im verflommenen Frühling dorthin gewandt. Das ist aber eine höchst verwegene Unternehmung.

Die großen Uebertreibungen, die in der Frage der jüdischen Kolonisation in den jüdischen Kreisen gemacht werden, sind psy-

chologisch erklärlich. Man braucht, um bloß tausend Familien anzusiedeln, sehr bedeutende Summen in der Form von wohlthätigen Spenden, und da kann man ohne ein »Bum«, wie man sich in den Vereinigten Staaten ausdrückt, nicht auskommen. Was die Sovetregierung anbelangt, die die jüdische Kolonisation sogar im gewissen Widerspruch mit ihren industrialistischen Tendenzen entwickelt, so verfolgt sie gewisse politische Ziele. Sie legt den größten Wert darauf, Freunde in den bürgerlichen Kreisen im Auslande zu werben, und sie möchte gerne die einflußreichen jüdischen bürgerlichen Kreise im Ausland für sich gewinnen. Sie nutzt dabei geschickt die Enttäuschung aus, die die gegenwärtige Politik Englands in Palästina in den zionistischen Kreisen hervorgerufen hat. Ein großartiges Projekt, die jüdischen Massen an eigene Scholle zu binden, erschien der Sovetregierung als das geeignetste Mittel, die öffentliche Meinung des Judentums im Auslande zu gewinnen.

Es muß zugegeben werden, daß gewisse neue Möglichkeiten der jüdischen Bevölkerung durch die Revolution eröffnet wurden. Es entstand ein jüdisches Beamtentum, eine gewisse Zahl Juden wurden als Arbeiter in Staatsunternehmungen angestellt, neue bedeutende Mittelpunkte der jüdischen Landwirtschaft werden geschaffen. Diese Tatsachen, die die Einseitigkeit in der beruflichen Gliederung der jüdischen Massen etwas abschwächen, können aber die großen Zerstörungen, die die Revolution verursacht hat, nicht gutmachen. Die Revolution hat nicht nur die breiten Schichten des jüdischen Bürgertums ihrer Existenzmöglichkeit beraubt, sie hat auch einen sehr bedeutenden Teil der jüdischen körperlich arbeitenden Massen wieder in »Luftmenschen« verwandelt. Die Ergebnisse einer langjährigen positiven Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse der Juden im russischen Reiche sind damit zunichte gemacht worden. Trotz der formalen Gleichberechtigung kann von einer Verbesserung der rechtlichen Lage der jüdischen Massen auch keine Rede sein. Beinahe eine Hälfte der jüdischen Masse gehört zu den Parias der kommunistischen Gesellschaft. Möge Tausenden von Familien durch Kolonisation geholfen werden. Hunderttausende werden materiell und moralisch endgültig degenerieren, falls das kommunistische Wirtschaftssystem noch lange bestehen bleibt<sup>29)</sup>.

<sup>29)</sup> Schon im Juli des laufenden Jahres sah sich die herrschende Partei gezwungen, anzuerkennen, daß sie durch die Zwangsmaßnahmen das Land wieder



## V. Schlußbetrachtungen.

Das verflossene Jahrhundert war Zeuge eines ganz außerordentlich schnellen Aufstiegs der Juden, einer verfolgten Bevölkerungsgruppe, die noch im 18. Jahrhundert eine sehr niedrige soziale Stellung einnahm. In einer ganz kurzen Zeitspanne haben es die Juden des Westens verstanden, eine hervorragende gesellschaftliche Stellung zu erringen. Wie bekannt, steht der Aufstieg der Juden mit dem Siege des Kapitalismus im wirtschaftlichen und der Ideen der Aufklärung und des Liberalismus im geistigen Leben in Verbindung.

Nur in Rußland (und in Rumänien) war die rechtliche Emanzipation der jüdischen Bevölkerung nicht verwirklicht. Die Regierungen der zwei letzten Zaren stützten sich vornehmlich auf den Adel, sie standen jedem Liberalismus feindlich gegenüber und betrachteten den Antisemitismus als ihre wichtigste Waffe im Kampfe gegen die aufstrebende Demokratie. Dies verhinderte die volle Emanzipation der Juden. Doch kamen die Fortschritte der Verkehrswirtschaft und des Kapitalismus auch den russischen Juden zugute. Wie wir bereits gezeigt haben, war deren wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg seit den liberalen Reformen Alexanders II. unverkennbar und die feindselige Politik der beiden letzten Zaren war nicht imstande gewesen, diesen Aufstieg aufzuhalten. Da die Juden im Osten einen bedeutenden Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, so bewegte sich hier ihr sozialer Aufstieg in anderen Bahnen als im Westen. Ihre Berufsgliederung war mannigfaltiger und die wirtschaftliche Lage der jüdischen Massen war zunächst noch nicht als günstig zu bezeichnen.

Die auch im Osten unausbleibliche Emanzipation der Juden wurde erst in der Revolution verwirklicht — in einer Revolution, die die vollkommene Zerstörung der bestehenden Wirtschaftsordnung mit sich brachte. Die Sovetregierung, welche sich um die Sympathien der früher unterdrückten fremdstämmigen Völker bemühte, verhielt sich auch den Juden gegenüber freundlich. Ihre Gleich-

---

in eine Sackgasse gebracht hat. Nach der Zerstörung des Marktes erwies es sich als unmöglich, nach drei guten Ernten die Städte mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versorgen, geschweige diese auszuführen. Die Getreideflächen sind im vorigen Jahre bedeutend zurückgegangen. Die Bauern sind verstimmt. Die Städte werden von Arbeitslosen überflutet. Es wird beabsichtigt, zu den Grundsätzen des Nep teilweise zurückzukehren. Die Zerstörungen werden aber nicht leicht gutzumachen sein.



berechtigung ist sehr folgerichtig durchgeführt worden. Dessenungeachtet bedeutet der Sieg des Kommunismus, wie wir gezeigt haben, wirtschaftliche Verelendung und soziale Degradation für das russische Judentum. Das wirtschaftliche Gedeihen der jüdischen Bevölkerung ist durch die Zerstörung der freien Verkehrswirtschaft und des Kapitalismus unmöglich gemacht worden.

Der Kommunismus hat auch einen tiefen Einfluß auf das geistige Leben der russischen Juden ausgeübt. Massenhafte Verwandlung der Synagogen in Arbeiterklubs, Verbot der jüdischen religiösen Schulen (chadorim), Unterdrückung des Unterrichts der hebräischen Sprache haben als Ausfluß der religionsfeindlichen Politik der Sovetregierung stattgefunden. (Der Kampf gegen die griechisch-orthodoxe Kirche wurde bekanntlich mit noch härteren, zeitweise sogar grausamen Methoden geführt.) Der Widerstand der jüdischen Massen war indes nicht besonders stark. Das massenhafte Auftreten der Mischehen, selbst in den Kleinstädten des ehemaligen Ansiedlungsrayons, kann als äußeres Zeichen eines gewissen Erfolges des Kampfes der Sovetregierung gegen die jüdische Tradition gedeutet werden.

Dabei aber besteht bei der Sovetregierung keine Absicht, die Juden als eine eigentümliche nationale Gruppe zu unterdrücken. Für eine jüdische Kultur auf weltlicher Grundlage unter Erhaltung und Benutzung der jüdischen Mundart (jiddisch) werden sogar neue Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Es ist aber fraglich, ob diese neuen Bestrebungen ohne Verbindung mit der alten religiös fundierten jüdischen Kulturtradition sich gegen die zersetzenden Einflüsse des Diasporalebens als widerstandsfähig erweisen werden.

Der Kommunismus hat auch große politische Gefahren für das russische Judentum heraufbeschworen. Die antisemitische Agitation der alten Regierung vermochte keine wesentlichen Erfolge zu zeitigen. Die Massen der Bevölkerung verhielten sich ihr gegenüber ziemlich gleichgültig und der größte Teil der Intelligenz sogar ablehnend. Die Pogrome mußten eben »organisiert« werden.

Jetzt ist die antisemitische Agitation direkt verboten, und doch treten antisemitische Strömungen sowohl in der Intelligenz als auch in den breiten Massen der Bevölkerung sehr stark hervor. Woher kommt das?

An den stürmischen Bewegungen, die dem Oktoberumsturz

folgten und die Expropriation der Gutsbesitzer und der Kapitalisten mit sich brachten, haben die jüdischen Massen keinen Anteil genommen. Aber in der dabei zur Herrschaft gelangenden Oligarchie spielten Kommunisten jüdischer Abstammung eine ganz hervorragende Rolle, und auch unter den neu auftauchenden jungen Kommissaren, welchen unbegrenzte Machtvollkommenheit über Leben und Tod der Bürger anvertraut war, fehlte es nicht an Juden.

Diese aktive Teilnahme gewisser Gruppen jüdischer Intelligenz und sogenannter Halbintelligenz an den dramatischen und grauenhaften Ereignissen der kommunistischen Revolution darf man nicht als eine zufällige Erscheinung betrachten. Sie ist teilweise in der schwierigen psychologischen Lage der Juden, teilweise in gewissen religiösen Einstellungen des Judentums, die bei den freidenkerischen und stark assimilierten Juden des öfteren unbewußt in einer revolutionären Umbildung wirksam sind, tief verwurzelt.

Dies alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß Kommunismus in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den sozialen Interessen des Judentums steht. Deshalb standen auch alle sehr zahlreichen jüdischen politischen Gruppierungen (auch die proletarischen) dem Bol'shevismus feindlich gegenüber. Die nach dem Oktoberumsturz als eine Kreatur der bol'shevistischen Partei entstandene »Jewsekcija« vermochte keinen festen Boden in den jüdischen Massen zu gewinnen. Die Bol'sheviken jüdischer Abstammung können unmöglich als Führer der Juden betrachtet werden. Auch vor der Revolution bekannten sie sich zum Internationalismus, standen vollkommen außerhalb des gesellschaftlichen Lebens des Judentums und zeigten nur wenig Interesse an seinem Schicksal. Sie stammten von den Juden, gehörten aber zu ihnen so wenig, als ob sie getauft wären. Doch taufen ließen sich unter den jüdischen Bol'sheviken nur ganz wenige.

Dies können aber nur Eingeweihte richtig sehen. Für die Außenstehenden sind die Kommunisten jüdischer Abstammung in erster Linie Juden, und des öfteren werden sie als Führer des Judentums, die seine Sache verfechten, angesehen. Die jüdischen Massen darben still in den Kleinstädten des ehemaligen Ansiedlungsgebiets, während die jüdischen Kommunisten sich in der Welt hören lassen.

Die Revolution brachte dem russischen Volk wenig Glück

Das Volk ist enttäuscht, die Intelligenz, die so grausam gelitten hat, verbittert und reaktionär gestimmt. Keiner will aber zugeben, daß er mitgewirkt und für die Resultate einen Teil der Verantwortung zu tragen hat. Und so entsteht die Ueberzeugung, daß die große russische Revolution von Juden gemacht worden, daß die Herrschaft der Kommunistischen Partei eine Judenherrschaft sei. Nach der Niederlage der Opposition spielen Kommunisten jüdischer Abstammung keine bedeutende Rolle mehr im politischen Leben von Sovetrußland, und doch bleibt jene Meinung noch immer stark verbreitet, da das gesamte System des Sovetstaates viel mehr Reibungsflächen zwischen den Juden und der übrigen Bevölkerung in sich birgt, als diejenige eines Staates, der auf der Grundlage der privaten Wirtschaftstätigkeit aufgebaut ist.

Kommunismus, Sozialismus heißt Bürokratisierung des ganzen Lebens. Ein bedeutender Teil der Juden, die sonst in der privaten Wirtschaft tätig wären, müssen jetzt in die ungeheure Sovetbürokratie eingegliedert werden. Bürokratie kann aber nicht anders als hierarchisch ausgebaut werden, und das muß zu vielen inneren Reibungen führen. Weiter bringt auch die Monopolstellung dieser Bürokratie im Wirtschaftsleben eine scharfe Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervor. Die Bauern fühlen sich durch eine ausgesprochen städtische Machtorganisation systematisch ausgebeutet, was mit den Verheißungen der Revolution durchaus nicht zu vereinbaren ist. Wenn diese Bürokratie von einem fremdstämmigen Element stark durchsetzt ist, so rufen die Reibungen zwischen derselben und der Bevölkerung antisemitische Stimmungen hervor. Die inneren Mängel des Systems werden auf das durch die Revolution belastete Konto der Juden gesetzt.

So häuft sich nicht nur in der Intelligenz, sondern auch in den breiten russischen Massen ein gefährlicher Zündstoff, der einmal zu grausamen Explosionen führen kann.

Das russische Judentum, das, wie alle Schichten der russischen Bevölkerung, ohne jegliche Organisation geblieben ist (die Jevsekija kann als solche nicht betrachtet werden), steht jetzt ohnmächtig dieser gefährlichen Lage gegenüber. Daß das kommunistische System unausbleiblich zur körperlichen und moralischen Degeneration eines bedeutenden Teiles der jüdischen Bevölkerung führen muß, ist klar. Diese hegt aber große Zweifel, ob ein gewaltsamer Sturz der kommunistischen Regierung die Ret-

tung zu bringen vermöchte, denn die gegenrevolutionäre Bewegung ist zu stark mit dem Antisemitismus verbunden, und die Erinnerungen an die blutigen Pogrome der Konterrevolution während des Bürgerkrieges erfüllen die jüdische Bevölkerung bis zum heutigen Tag noch mit Schaudern.

Vom Standpunkt der großen Massen der jüdischen Bevölkerung wäre eine friedliche innere Ueberwindung des Kommunismus der sicherste Weg der Rettung. Ob dieser Weg nach allen Enttäuschungen der Periode der Neuen Wirtschaftspolitik noch offen stehe und ob dieser Weg mit einer durchgreifenden wirtschaftlichen und geistigen Gesundung Rußlands vereinbar sei, diese zwei schwerwiegenden Fragen stehen außer dem Rahmen dieser Untersuchung.

Prof. B. Brückner,  
Berlin-Lichterfeld,  
Straussk. 3.